



Die Aussenpolitik im Dialog



Schweizerische Eidgenossenschaft
Confédération suisse
Confederazione Svizzera
Confederaziun svizra

**Eidgenössisches Departement für
auswärtige Angelegenheiten EDA**

Sagen Sie Ihre Meinung

Das EDA stellt seine Politik zur Diskussion. Auf dem Fragebogen können Sie Ihre Meinung zu den sechs vorgestellten Themen abgeben.

Ausfüllen und mit dem beigelegten Couvert abschicken.

Herzlichen Dank.



Liebe Leserin, lieber Leser

Die Aussenpolitik geht uns alle etwas an. Die Globalisierung führt dazu, dass auch scheinbar weit entfernte Ereignisse und Prozesse einen ganz direkten Einfluss auf unser Leben hier in der Schweiz, auf unsere Sicherheit und unseren Wohlstand haben können. Wir sind keine Insel.

Die Welt verändert sich rasant. Unsere Sicherheit und unser Wohlstand werden heute weniger durch eine militärische Offensive bedroht als durch Umweltkatastrophen, Terrorismus, die Verbreitung von Massenvernichtungswaffen, Epidemien, zivile Konflikte. Um diese Probleme zu lösen, braucht es internationale Zusammenarbeit und die Mitwirkung aller bei der Suche nach konstruktiven Lösungen. Wenn wir nicht aktiv mitarbeiten, sind wir nicht nur unsolidarisch, sondern wir müssen auch passiv Lösungen übernehmen, ohne mitzusprechen, ohne unsere Sicht der Dinge einzubringen. Ich kann mir eine Schweiz ohne Stimme nicht vorstellen.

In der vorliegenden Broschüre wird die Schweizer Aussenpolitik an sechs Beispielen ganz konkret und praktisch erläutert. Vor allem soll diese Broschüre den Dialog zwischen Ihnen, liebe Leserin, lieber Leser, und dem Eidgenössischen Departement für auswärtige Angelegenheiten (EDA) fördern. Wir erwarten Ihre Fragen, Ihre Kritik und Ihr Lob! Unsere direkte Demokratie lebt von der Debatte, von der politischen Auseinandersetzung. Ich freue mich daher auf Ihre Wortmeldungen.

A stylized, handwritten signature in black ink, consisting of several fluid, connected strokes.

Micheline Calmy-Rey
Bundespräsidentin

Die vorliegende Broschüre kann und will nicht alle Tätigkeitsfelder des EDA beleuchten. Sie wirft vielmehr Schlaglichter auf sechs ausgewählte Themen, die für die Schweizer Aussenpolitik wichtig sind, und die auch immer wieder zu Diskussionen in der Öffentlichkeit Anlass geben. Auf der Homepage des EDA (www.eda.admin.ch) finden sich weiterführende Informationen zu anderen Themen, die in dieser Broschüre nicht angeschnitten werden.



Den Opfern eine Stimme geben

Die Neutralität der Schweiz

Neutralität kann nicht bedeuten, die Augen vor den Kriegsgreueln zu verschliessen. Neutralität muss im Gegenteil bedeuten, den Opfern der Kriege eine Stimme zu geben.

Mehr dazu ab Seite 6



Nichts für Romantiker

Die Friedenspolitik

Jahrelang begleitete Botschafter Josef Bucher den Friedensprozess im Süden von Sudan. Das Wichtigste, was er den Konfliktparteien anbieten konnte, war seine persönliche Glaubwürdigkeit und die der neutralen Schweiz. Friedensarbeit braucht Zähigkeit und Ausdauer.

Mehr dazu ab Seite 28



Wenn plötzlich Krieg herrscht

Die Schweizer Botschaften

Viele Schweizer Botschaften stehen in Krisenregionen. Was, wenn plötzlich der Krieg ausbricht? Ein Erfahrungsbericht des Schweizer Botschafters im Libanon. Und: Wie denken die Menschen in Afrika oder in Asien über die Schweiz? Stimmungsbilder mit Ecken und Kanten aus der Feder von Schweizer Diplomaten.

Mehr dazu ab Seite 12



Wo die kleine Schweiz wichtig ist

Das internationale Genf

«Hier in Genf ist die Schweiz gross und wichtig», sagt Blaise Godet, der Chef der UNO-Mission in Genf. Kein Wunder: in Genf arbeiten mehr UNO-Angestellte als am Hauptsitz in New York. Wie wird das noch junge UNO-Mitglied am UNO-Hauptsitz in New York wahrgenommen?

Mehr dazu ab Seite 34



Was ist das Beste für das Land?

Die Europapolitik der Schweiz

In kaum einem Dossier wie in der Europafrage gibt es in der Schweiz tiefere politische Gräben, die EU-Frage löst Emotionen aus. Die Verantwortlichen im EDA gehen das Thema nüchtern an, für sie steht die Interessenwahrung im Vordergrund.

Mehr dazu ab Seite 40



Hilfe zur Selbsthilfe

Die Entwicklungszusammenarbeit

Entwicklungszusammenarbeit heisst nicht, den Armen in der Welt mit dem Checkbuch zu helfen. Die Direktion für Entwicklung und Zusammenarbeit entwickelt konkrete Projekte und begleitet diese, zum Teil über Jahre hinweg. Das Ziel der Zusammenarbeit: Hilfe zur Selbsthilfe.

Mehr dazu ab Seite 46

Inhaltsverzeichnis

Die Neutralität der Schweiz	6
Neutral sein und zwischen die Fronten stehen	6
Die Schweizer Botschaften und Konsulate	12
Ernstfall in Beirut	12
Die Friedenspolitik	28
Vertrauen bringt Frieden	28
Die Schweiz und die internationalen Organisationen	34
Genf international	34
Die Europapolitik der Schweiz	40
Gebündelte Interessen	40
Die Entwicklungszusammenarbeit	46
Brücken zur Demokratie	46

Impressum

Herausgeber

Eidgenössisches Departement für auswärtige Angelegenheiten
Bundeshaus West
3003 Bern
Telefon 031 322 31 53
info@eda.admin.ch
www.eda.admin.ch

Konzept, Gestaltung, Realisation

Eidgenössisches Departement für auswärtige Angelegenheiten,
Schweizerische Bundeskanzlei

Text

Monique Ryser

Bilder

Peter Auchli, Corbis, Keystone, DEZA, DRA

Die Neutralität der Schweiz

Neutral sein und zwischen die Fronten stehen



Warnschild an der seit 1953 entmilitarisierten Zone zwischen Nord- und Südkorea.

Seit 54 Jahren stehen Schweizer an der Grenze zwischen Nord- und Südkorea. Sie überwachen zusammen mit Schweden den Waffenstillstand zwischen den zwei Nationen und gewährleisten den einzigen Grenzübergang.

Die Überwachungskommission der Neutralen Staaten (Neutral Nations Supervisory Commission) ist eine der ersten UNO-Friedensmissionen überhaupt. Mit ihrer Teilnahme hat sich die neutrale Schweiz von Beginn weg bereit erklärt, im Namen des Friedens zwischen Nord- und Südkorea Verantwortung zu übernehmen.

Die Neutralität ist ein wichtiges Identifikationsmerkmal der Schweiz. Und sie ist in der Bevölkerung stark verankert. In Umfragen sprechen sich die Bürgerinnen und Bürger seit Jahrzehnten mit Höchstwerten zwischen 80 und 90 Prozent konstant für eine Beibehaltung der Neutralität aus.

Die Neutralität ist nicht nur ein Sicherheitsinstrument, sondern auch eine Friedensbotschaft. Ein neutraler Staat will vor allem eins: Krieg verhindern.

Obwohl die UNO nach dem Zweiten Weltkrieg den Krieg geächtet hat, gibt es in der Welt weiterhin bewaffnete Konflikte. Es ist unwahrscheinlich, dass die Schweiz in einen Krieg hineingezogen wird. Aber heute, wo die Welt ein Dorf ist, ist jeder Staat von Kriegen betroffen, mögen sie noch so weit entfernt sein. Spätestens wenn sich Flüchtlingsströme in Bewegung setzen, sind auch sichere Länder mit den Folgen der Konflikte konfrontiert.

Im Krieg gibt es Regeln, festgeschrieben in den Genfer Konventionen. Nicht durch Zufall, sondern wegen der langen Tradition der Neutralität, ist die Schweiz Depositarstaat dieser Konventionen. Diese beinhalten u.a. das strikte Minimum an humanitärem Recht, das immer und überall eingehalten werden muss. Als Vertragsstaat hat die Schweiz die Pflicht, dieses Minimum an Menschlichkeit einzufordern und auf Verletzungen der Rechte der Opfer hinzuweisen.

Die Neutralität reduziert sich nicht darauf, selber keinen Krieg zu beginnen und keine Kriegsparteien zu unterstützen. Neutralität heisst auch nicht, die Augen vor den Gräueln des Krieges zu verschliessen. Neutralität heisst, den Opfern der Kriege eine Stimme zu geben.



Durch die Mitte dieser drei Baracken in Panmunjom verläuft die Staatsgrenze zwischen Nord- und Südkorea. Panmunjom ist seit 1953 der einzige Grenzübertritt zwischen den beiden Nationen.

Die Neutralität der Schweiz

Kein Mythos, sondern ein Instrument

Zwei Merkmale kennzeichnen die schweizerische Neutralität: sie ist selbstgewählt und dauernd bewaffnet.

Die Schweiz erklärt somit bereits in Friedenszeiten, aus freien Stücken und in jedem künftigen bewaffneten Konflikt das Neutralitätsrecht zu beachten. Dauernd bedeutet jedoch nicht immerwährend; auf die freigewählte Neutralität kann die Schweiz auch frei wieder verzichten. Solange sie neutral bleibt, hat sie jedoch gewisse Regeln zu respektieren. Dazu zählt unter anderem, sich nicht an einem militärischen Konflikt zu beteiligen, aber bei Bedarf den Neutralitätsstatus militärisch zu verteidigen. Das ist im Neutralitätsrecht so festgehalten.

Kein Selbstzweck

Die Neutralitätspolitik ihrerseits ist die Auslegung des Neutralitätsrechts, abgestimmt auf die internationale Lage. Die Neutralität ist von der Schweiz nie als Selbstzweck oder gar als Ziel ihrer Aussen- und Sicherheitspolitik verstanden worden. Viel-

mehr ist sie ein Mittel, die Interessen der Schweiz zu verteidigen. Sie bleibt solange ein Instrument der Aussen- und Sicherheitspolitik, als sie zum Schutz vor äusseren Bedrohungen und Gefahren beitragen kann. Seit dem Ende des Kalten Krieges hat die Neutralität etwas von ihrer Bedeutung verloren. Der Bundesrat hat dieser Veränderung Rechnung getragen. Galt 1993 noch die Maxime «Sicherheit durch Neutralität» lautet das heutige Sicherheitskonzept «Sicherheit durch Kooperation».

Neutralität angepasst

Die Schweiz hat ihre Neutralitätspolitik immer wieder flexibel den internationalen Notwendigkeiten und den eigenen Interessen angepasst: So nahm sie in der Zeit zwischen 1. und 2. Weltkrieg als Mitglied des Völkerbundes an internationalen Wirtschaftssanktionen gegen Völkerrechtsbrecher teil. Nach 1938 nahm sie hingegen von Sanktionen Abstand. Zu Beginn der 90er-Jahre hat sich die Schweiz dann grundsätzlich bereit erklärt – wie auch die übrigen neutralen Staaten – Wirtschaftssanktionen der UNO, der EU oder anderer Staatengruppen gegen Rechtsbrecher solidarisch zu unterstützen.

«Die neutrale Schweiz hält sich aus Kriegen heraus, sie kämpft aber für die Rechte der Opfer von Konflikten und bietet ihre Dienste als Vermittlerin an.»

Botschafter Paul Seger, Direktor der Völkerrechtsdirektion des EDA

«Wenn meine Kinder streiten, muss ich mich auch zwischen die Fronten stellen. Ich darf nicht ein Kind unterstützen und das andere links liegen lassen. Die Prinzipien der Unparteilichkeit und Gleichbehandlung haben also auch in der kleinsten sozialen Gemeinschaft, der Familie, ihre Bedeutung.»

Johanna Grombach Wagner, Mutter von Lara (6) und Helena (3)

«Wir sorgen für Sicherheit und Ordnung. Die Akzeptanz gegenüber uns ist gross, weil wir alle Parteien mit gleichem Respekt behandeln.»

Leutnant Fabienne Egli, Armee-Angehörige im Auslandseinsatz im Kosovo



Neue Gefahren

Durch die Zunahme neuer Gefahren (Terrorismus, illegaler Waffenhandel, organisierte Kriminalität) ist die Bedeutung der internationalen Zusammenarbeit stark in den Vordergrund getreten. Die internationale Kooperation wurde konsequent ausgebaut. Besonders erwähnenswert sind die Entsendung von Schweizer Armee-Einheiten für internationale Friedensmissionen (Bosnien und Herzegowina seit 1996, Kosovo seit 1999 und Afghanistan seit 2003) und die Schweizer Beteiligung an der Partnerschaft für den Frieden (PfP). Auch inskünftig soll der bestehende neutralitätsrechtliche Spielraum ausgeschöpft werden, um neue und globale Risiken gemeinsam zu bekämpfen.

Neutralität in Kürze:

- Die Neutralität ist ein Instrument der Schweizer Aussen- und Sicherheitspolitik, der Status des Neutralen wird durch internationales Recht definiert.
- Die Neutralität geniesst grossen Rückhalt im Volk und hat über Jahrhunderte zum Zusammenhalt der Eidgenossenschaft beigetragen. Sie ist Teil der Tradition, der Geschichte und des Selbstverständnisses der Bürgerinnen und Bürger.

- Die Neutralität muss immer wieder der veränderten sicherheitspolitischen Lage angepasst werden.
- Das Völkerrecht setzt der Neutralitätspolitik klare Grenzen. Der Beitritt zu einem Verteidigungsbündnis (z.B. Nato) ist nicht möglich.
- Die Neutralität lässt Handlungsspielräume offen. Zum Beispiel seit 1953 für den Einsatz in Korea. Oder für die Beteiligung an internationalen Wirtschaftssanktionen. Oder für die Teilnahme an der Partnerschaft für den Frieden. Oder für die Bewaffnung zum Selbstschutz im Ausland. Oder für die Teilnahme an militärischen Friedensmissionen der UNO.
- Neutralität wird aktiv, solidarisch und lagegerecht gelebt. So wird sie verstanden und respektiert.

«Neutralität heisst für mich, dass ich beiden Teams mit Respekt begegne. Die Regeln des Spiels sind der Weg, den wir während eines Matches gemeinsam gehen. Bei Unfairness muss ich intervenieren. Persönliche Gefühle dürfen keine Rolle spielen, sonst bin ich nicht mehr neutral.»

Nicole Petignat, FIFA-Schiedsrichterin

«Die Neutralität hat dazu beigetragen, der Schweiz das Vertrauen und den Respekt der Weltgemeinschaft zu bringen.»

Jean-Didier Roisin, französischer Botschafter in der Schweiz



Neutralität

Facts & Figures

Begriff

Neutral stammt aus dem Lateinischen «ne uter» – keiner von beiden.

Neutrale Staaten

Schweiz, Finnland, Irland, Österreich und Schweden sind neutrale, bzw. bündnisfreie Staaten.

Geschichte der Neutralität

1515, nach der Schlacht bei Marignano, bei der die Eidgenossen grosse Verluste hinnehmen mussten, wird die Neutralität ausgerufen. Damit werden gleich zwei Ziele erreicht: Im Inneren des Bundes werden konfessionelle Kämpfe verhindert, gegen aussen sind die Eidgenossen besser geschützt. 1798 wird die helvetische Republik durch den Einmarsch der Truppen Napoleons und der folgenden Kriege ein letztes Mal in kriegerische Kämpfe hineingezogen. 1815 anerkennen die europäischen Grossmächte im Vertrag von Paris die immerwährende Neutralität der Schweiz und garantieren die Unverletzlichkeit des Territoriums. 1907 werden in den Haager Abkommen die Rechte und Pflichten der Neutralen festgelegt.

Das Neutralitätsrecht

Das Neutralitätsrecht ist Teil des Völkerrechts. In den Haager Abkommen von 1907 werden wesentliche Rechte und Pflichten der neutralen Staaten festgehalten. Wichtigste Pflichten sind:

- Nichtteilnahme an Kriegen
- Keine Zurverfügungstellung des Territoriums für die Kriegsparteien

- Selbstverteidigung
- Gleichbehandlung der Kriegführenden (in Bezug auf den Kriegsmaterialexport)
- Keine Söldner für die Kriegsparteien

Bedeutendstes Recht ist das Recht auf Unverletzlichkeit des eigenen Territoriums. Das Neutralitätsrecht von 1907 gilt immer noch. Heute prägen vor allem innerstaatliche Konflikte (Bürgerkriege) das Bild. Das Neutralitätsrecht findet auf diese keine Anwendung. Ebenfalls keine Anwendung findet das Neutralitätsrecht, wenn die Vereinten Nationen zur Wahrung des internationalen Friedens und der Sicherheit gegen einen Rechtsbrecher mit Zwangsmassnahmen (z.B. Wirtschaftssanktionen) vorgehen.

Neutralität und Verfassung

Auf nationaler Ebene ist die Neutralität als Instrument zur Wahrung der Unabhängigkeit in der Bundesverfassung erwähnt. Die Neutralität gehört in die Kompetenz des Bundesrates und der Bundesversammlung, sie ist aber nicht als Verfassungsprinzip verankert.

Neutralitätspolitik

Jeder neutrale Staat kann, neben den im Haager Abkommen festgelegten Prinzipien, die Neutralität so ausgestalten, dass sie seine Glaubwürdigkeit stärkt und seinen Interessen entgegenkommt. Die Schweiz hat im Lauf der Jahrhunderte mehrmals ihre Neutralität den Begebenheiten angepasst. Seit Ende des Kalten Krieges steht die Neutralität in einem stark verän-



2004: Europa ungeteilt. EU und NATO sorgen für ein Zusammenwachsen Europas. Demokratie und Rechtsstaatlichkeit gewinnen an Boden. Die Schweiz engagiert sich in der Friedensförderung.

■ NATO-Staaten □ Neutrale, bündnisfreie Staaten ■ Übrige



1956: Der Kalte Krieg. Europa ist strategisch die Spannungszone zweier weltanschaulich gegensätzlicher Allianzen: der Militärbündnisse NATO und Warschauer Pakt. Die Schweiz bleibt militärisch der selbstständigen Landesverteidigung treu.

■ NATO-Staaten ■ Warschauer Pakt □ Neutrale, Blockfreie

derten Umfeld: Einerseits hat die Häufigkeit herkömmlicher militärischer Konflikte zwischen Staaten abgenommen. Andererseits spielen sich gewaltsame Auseinandersetzungen, welche die Sicherheit der Schweiz direkt oder indirekt berühren, heute grösstenteils nicht mehr zwischen Staaten, sondern innerhalb von Staaten ab. Auf solche Konflikte ist jedoch die Neutralität nicht zugeschnitten. Diesen Veränderungen hat der Bundesrat auch in der Ausgestaltung der Neutralitätspolitik Rechnung getragen. Grundlage der heutigen Neutralitätspolitik bilden der Bericht zur Neutralität von 1993 und der Sicherheitspolitische Bericht 2000.

Internationale Organisationen

UNO: Die UNO ist die universelle Vereinigung von Staaten zur Sicherung des Weltfriedens.

OSZE: Die Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa bemüht sich, vor allem durch Präventivdiplomatie, Sicherheit und Frieden, Menschenrechte und Demokratie sowie die Zusammenarbeit in Europa zu fördern.

NATO: Das Verteidigungsbündnis umfasst 26 europäische und nordamerikanische Staaten. Die NATO behält ihre ursprüngliche Kernaufgabe, die Mitgliedstaaten gegen militärische Angriffe zu verteidigen. Die NATO beteiligt sich auch an Friedensmissionen der UNO (Kosovo, Afghanistan).

PfP/EAPC: Um verstärkt auch mit Ländern, die der NATO nicht angehören, die Zusammenarbeit zugunsten des Friedens zu fördern, hat die NATO 1994 die Partnerschaft für den Frieden (Partnership for Peace; PfP) lanciert. Neben den 26 NATO-Mitgliedstaaten beteiligen sich weitere 20 europäische Staaten (inklusive die Schweiz) daran. Sie sind alle Mitglieder des 1997 gegründeten Euro-Atlantischen Partnerschaftsrates (EAPC), der als sicherheitspolitisches Forum dient.

EU: Die Europäische Union wurde als Wirtschaftsorganisation gegründet, trug aber entscheidend dazu bei, die Verständigung und den Frieden ihrer 27 Mitgliedstaaten zu sichern.

Europarat: Der Europarat ist eine Organisation von 45 europäischen Staaten, zu welchen auch die Schweiz zählt. Seine Hauptaufgaben: Schutz der Menschenrechte, der Rechtsstaatlichkeit und der Demokratie.

Neutrale Engagements

Welches Engagement ist mit dem Neutralitätsrecht vereinbar? Das Recht gibt dem Neutralen in Friedenszeiten einen grossen Handlungsspielraum. Friedensfördernde Massnahmen sind unbedenklich, die militärische Zusammenarbeit mit ausländischen Partnern ist möglich. Die Grenze des Zulässigen wird dann überschritten, wenn der Neutrale durch sein Engagement eine Beistandsverpflichtung für den Kriegsfall eingeht.

Das ist möglich:

- Vollzug von Wirtschaftssanktionen, die von der UNO verhängt werden.
- Teilnahme an Wirtschaftssanktionen, die von anderen internationalen Akteuren (z.B. EU) verhängt werden, da sie vom Neutralitätsrecht nicht erfasst werden (Ausnahme: Kriegsmaterial).

- Gewährung von Transitrechten für friedensunterstützende Operationen, wenn sie aufgrund eines Mandats des UNO-Sicherheitsrats oder mit der Zustimmung der Konfliktparteien erfolgen.
 - Teilnahme an friedensunterstützenden Operationen, wenn sie aufgrund eines Mandats des UNO-Sicherheitsrats oder mit der Zustimmung der Konfliktparteien erfolgen.
 - Teilnahme an friedenserzwingenden Operationen mit militärischen Mitteln ist nach dem Neutralitätsbericht des Bundesrats mit der Neutralität vereinbar, wenn die Operation gemäss einem Mandat des UNO-Sicherheitsrats erfolgt und die Staatengemeinschaft weitgehend geschlossen gegen einen Rechtsbrecher vorgeht. Das Militärgesetz schliesst aber die Teilnahme an Kampfhandlungen zur Friedenserzwingung aus.
 - Ausbildungszusammenarbeit mit ausländischen Partnern, wenn keine Beistandsverpflichtung für den Kriegsfall entsteht.
 - Rüstungszusammenarbeit mit ausländischen Partnern, wenn keine Beistandsverpflichtung für den Kriegsfall entsteht.
 - Teilnahme an der Partnerschaft für den Frieden (PfP)/Mitgliedschaft im Euro-Atlantischen Partnerschaftsrat, da die PfP-Teilnahme und die Mitgliedschaft im Euro-Atlantischen Partnerschaftsrat weder einen NATO-Beitritt noch eine Beistandsverpflichtung zur Folge haben.
 - Mitgliedschaft in internationalen Organisationen wie OSZE, Europarat, da keine Beistandsverpflichtung für den Kriegsfall besteht.
 - Mitgliedschaft in den Vereinten Nationen (UNO), da keine Verpflichtung zu neutralitätswidrigem Verhalten eingegangen wird.
 - Beitritt zur Europäischen Union (EU), solange die EU keine für alle Mitglieder bindende gegenseitige militärische Beistandspflicht hat.
- Nicht möglich:
- Beitritt zur NATO, da eine NATO-Mitgliedschaft die Verpflichtung zum Beistand im Kriegsfall einschliesst.

Die Neutralität – ein alter Zopf?

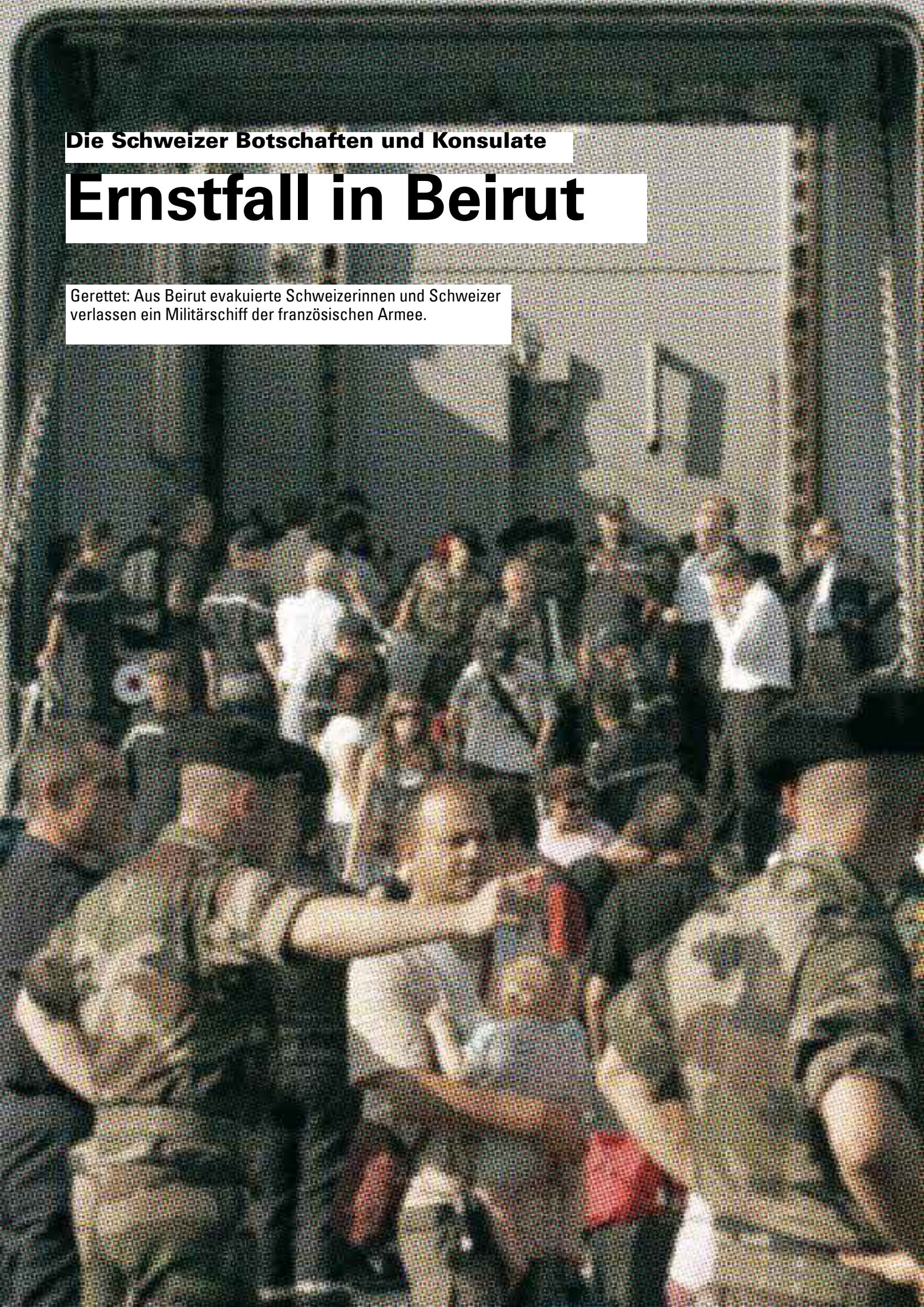
Mitreden: siehe Beiblatt am Anfang der Broschüre.

Sagen Sie ihre Meinung:
www.eda.admin.ch

Die Schweizer Botschaften und Konsulate

Ernstfall in Beirut

Gerettet: Aus Beirut evakuierte Schweizerinnen und Schweizer verlassen ein Militärschiff der französischen Armee.



Botschaften und Konsulate vertreten die Schweizer Interessen im Ausland. Diese ansich schon anspruchsvolle Aufgabe kann schlagartig in ein Krisenmanagement eskalieren.

Schauplatz Beirut: Er hält gerade einen Vortrag über die Schweiz und ihr Bankensystem, als zwei israelische Soldaten von der libanesischen Hisbollah entführt werden. Einen Tag später fallen israelische Bomben auf den Beiruter Flughafen. Botschafter François Barras, erst drei Monate im Land, wird im Sommer 2006 zum Krisenmanager.

«Der Sommer im Libanon ist die Zeit der Festivals, Barbara Hendricks gab ein Konzert, Liza Minelli war angesagt – und von einer Stunde zur andern tauchten wir vom prallen Leben in einen Albtraum.» Verunsicherte Touristen melden sich auf der Schweizer Vertretung. Die Botschaft empfiehlt, per Taxi nach Damaskus (Syrien) zu reisen.

Die Lage wird schlimmer, der Landweg ist nicht mehr sicher. Beim Morgenessen sieht Barras Bomben auf den Hafen von Beirut fallen. Der Botschafter und seine 12 Mitarbeiter entscheiden als erste ausländische Vertretung: Zivilpersonen sollen mit einem Konvoi nach Damaskus in Sicherheit gebracht werden. Fahrzeuge werden reserviert, der EDA-Krisenstab in Bern informiert. Die Botschaft nimmt über fünf Verbindungspersonen mit den rund 900 immatrikulierten Landsleuten, hauptsächlich Doppelbürgern, Kontakt auf. Eine Telefon-Hotline (mit zusätzlich gekauften Natels) steht, Pässe werden kopiert, Leute aufgenommen

und beraten. Barras: «Freiwillige erklärten sich bereit, in der Botschaft mitzuhelfen. Wir waren sehr froh um diese Hilfe. Die Solidarität unter allen Schweizern war gewaltig.»

Das Räderwerk der Schweizer Diplomatie läuft auf Hochtouren: Über die Politische Abteilung II werden Sicherheiten eingeholt: Die Botschaft in Israel und der für Israel zuständige Militärattaché in Rom informieren die israelischen Behörden über den Konvoi und mahnen dessen Unverletzlichkeit an. Barras telefoniert mit seinem Schweizer Kollegen in Damaskus: Die dortige Botschaft schickt Personal an den Grenzübergang zu Syrien, um die Schweizerinnen und Schweizer zu empfangen. Schliesslich kommt grünes Licht, der Konvoi verlässt Beirut und erreicht Damaskus sicher. Auch die zwei Kinder von Barras reisen auf diesem Weg aus. Die ersten Urlauber sind in Sicherheit, aber gesamthaft wollen rund 1000 Menschen ausreisen.

Barras ist in ständigem Kontakt mit der Zentrale des EDA und seiner Chefin, Micheline Calmy-Rey: «Sie hat sich sehr um das Schicksal der Schweizerinnen und Schweizer gekümmert.» Auf dem Landweg gibt es weitere Konvois, zusätzlich chartert die Schweiz ein Schiff, Griechenland, Frankreich und Kanada nehmen weitere Schweizerinnen und Schweizer auf dem Seeweg nach Zypern mit. Barras: «In der

Fortsetzung nächste Seite



Botschafter François Barras im Gespräch mit einer schweizerisch-libanesischen Doppelbürgerin vor ihrer Ausreise aus dem Libanon.

Fortsetzung von Seite 13

Krise sind Kontakte das Ein und Alles. Das kurze Gespräch an einer Botschafterparty ist plötzlich Gold wert.»

Aus der Schweiz treffen Angehörige des Korps für humanitäre Hilfe ein. Sie unterstützen die Landsleute bei der Ausreise und helfen der kriegsgeplagten Bevölkerung. Barras ist beeindruckt: «Ich bewundere die Kompetenz dieser Abteilung: Die Schweiz hat als erstes Land humanitäre Hilfe geleistet. Das ist dieser Profitruppe zu verdanken!» Für die rund eine Million vertriebener Libanesen verteilt die Schweiz elementare Güter wie Seife, Matratzen, Antibiotika und Schmerzmittel. Zudem hat die libanesische Regierung der Schweiz das Gebiet Chouf im Süden für Hilfsleistungen zugeteilt.



Botschafter François Barras (3. v.l.) und Toni Frisch (4. v.l.), Chef des Korps für humanitäre Hilfe des EDA, koordinieren zusammen mit Einwohnerinnen und Einwohnern Hilfsaktionen in Beirut.

Rund 70 000 Menschen sind dort auf der Flucht, schlafen in Schulhäusern. Die Schweiz versorgt sie mit dem Nötigsten.

Der Krieg dauert nun schon zwei Wochen, die Krisenorganisation in den Büros an der Ave-

«Das Vertretungsnetz ist eines der wichtigsten Instrumente zur Wahrnehmung schweizerischer Interessen gegenüber dem Ausland und in internationalen Organisationen.»

Botschafter Martin Dahinden, Direktor der Direktion für Ressourcen und Aussennetz des EDA

«Ägypten ist nicht nur eine Destination für jährlich mehr als 130 000 Schweizer Touristen und über 100 Unternehmen. Die Schweiz ist auch in Infrastruktur- und Entwicklungsprojekte involviert. Als Diplomatin kann ich mithelfen, Hindernisse zu überwinden sowie vermittelnd und beratend einzuwirken. Dies mit dem Ziel, einen Gewinn für beide Länder zu erzielen.»

Jolanda Pfister Herren, zweite Mitarbeiterin der Schweizer Botschaft in Kairo

«36 Jahre lang durchlebte Guatemala einen schweren internen Konflikt. Das Land befindet sich nun in einer Übergangsphase. Als Diplomat kann ich mithelfen, den Frieden und die Menschenrechte zu fördern. Dies mit dem Ziel, dass die Grundrechte respektiert, der Rechtsstaat und Demokratie gefestigt werden.»

Pietro Lazzeri, erster Mitarbeiter der Schweizer Botschaft in Guatemala



nue Fouad Chéhab läuft routiniert. Die meisten ausreisewilligen Schweizerinnen und Schweizer sind ausser Landes. Am 1. August lädt der Botschafter die zurückgebliebenen Schweizer zum Umtrunk ein, 120 Personen kommen. Rund einen Monat nach Beginn der Bombardierungen ist der Krieg zu Ende. Das Korps für humanitäre Hilfe unterstützt die Menschen im Süden des Libanon bei der Heimkehr in ihre Dörfer. Bei Schulbeginn im Herbst sind rund 50 Schulhäuser wiederhergestellt. Die Schweiz sorgte für die Infrastruktur, das Hilfswerk UNICEF lieferte Bücher und Hefte. Für die Kinder ein Beginn von Normalität. «Die Hilfe der Schweiz ist immer sehr konkret, schnell und effizient», erklärt Barras. «Vertreter anderer

Staaten gehen bei uns ein und aus, um sich bei den Spezialisten des Korps für humanitäre Hilfe Rat und Tipps zu holen.»

Die Schweizer Botschaft in Beirut ist auch noch im Winter 2006 stark herausgefordert. Die Situation im Libanon ist weit von der Normalität entfernt. Barras war gekommen, die Schweiz im wirtschaftlich boomenden Libanon gut und erfolgreich zu positionieren. Jetzt muss er seine Pläne der Nachkriegszeit anpassen – und versucht unter anderem, den Schweizer Karikaturisten Zep einen Comic zeichnen zu lassen. Dieser soll libanesischen Kinder vor Bomben warnen.

«Als wir in Polen einen Vertriebspartner für unsere digitalen Röntgensysteme suchten, hat uns die Schweizer Botschaft in Warschau ebenso effizient wie erfolgreich unterstützt. Sie vermittelte wertvolle Marktinformationen und wichtige Kontakte.»

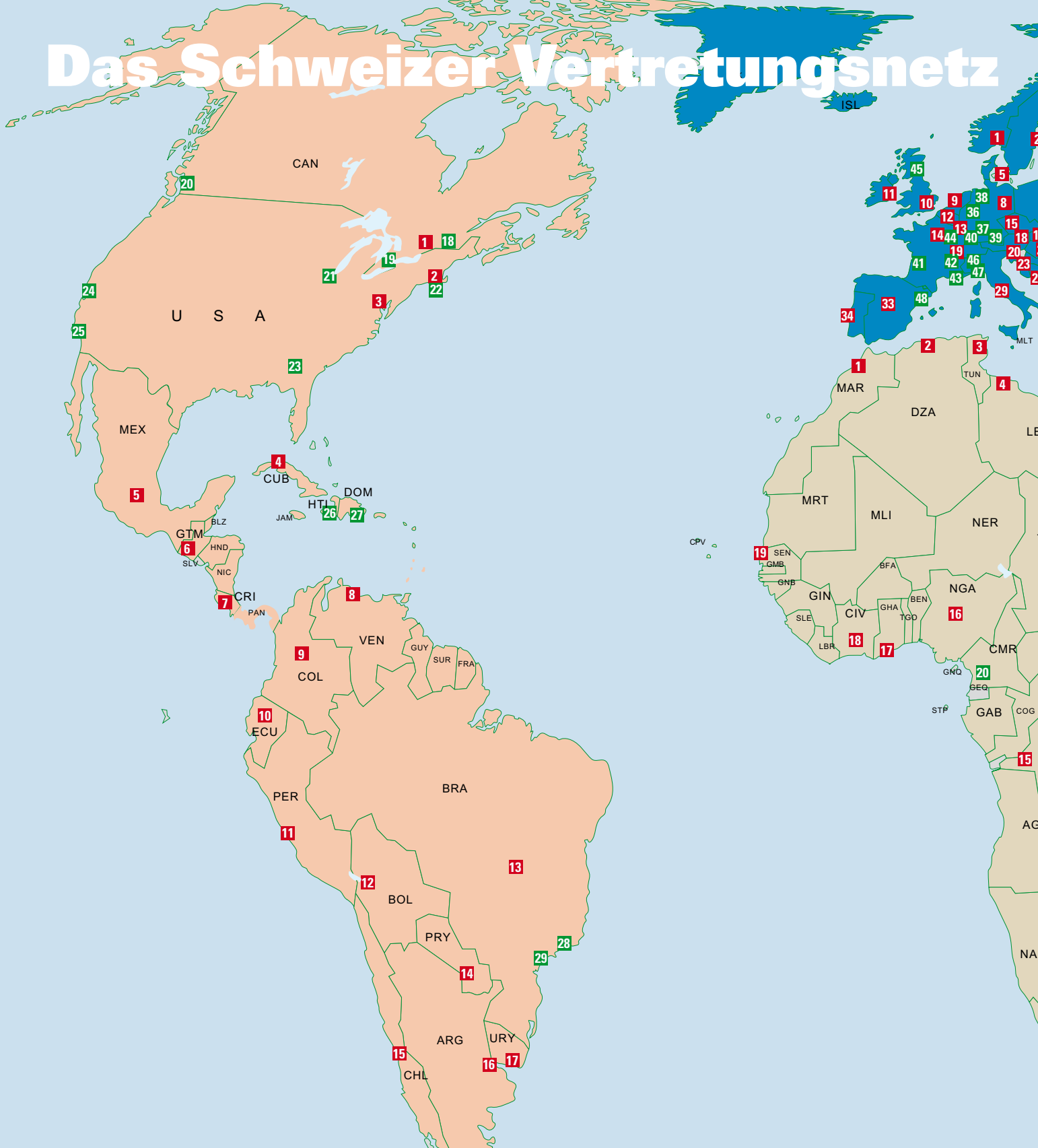
Andreas C. Brändle, CEO XCAN AG – Swiss Digital Xray



«Wir sind alle Botschafter der Schweiz. Sind wir im Ausland, vertreten wir immer ein bisschen unser Land.»
Tanja Frieden, Snowboarderin, olympische Goldmedaille 2006



Das Schweizer Vertretungsnetz



Nord-, Zentral- und Südamerika

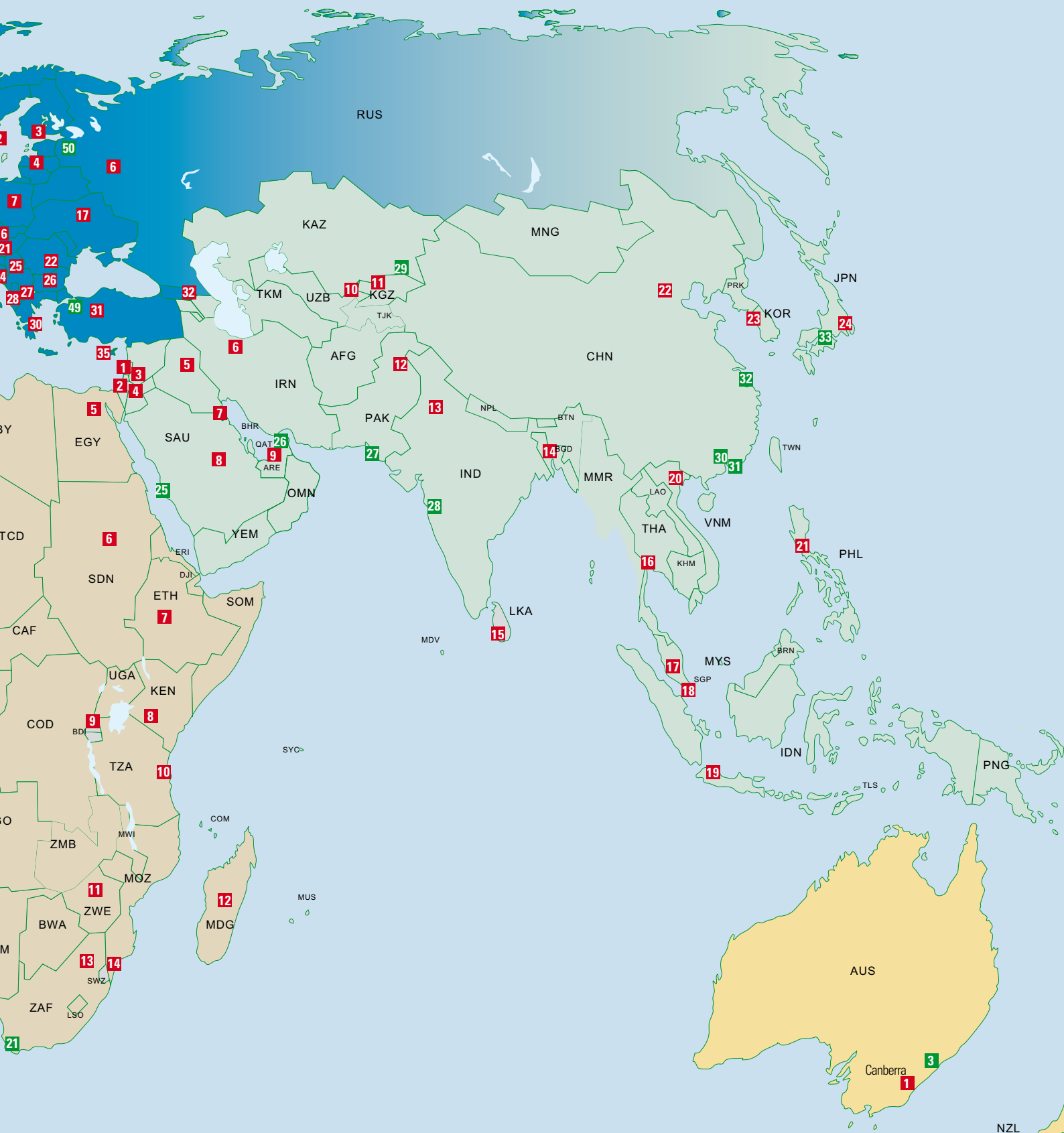
■ Botschaften, Missionen, Delegationen ■ Generalkonsulate

- | | | |
|------------------|----------------------|-------------------|
| 1 Ottawa | 15 Santiago de Chile | 18 Montreal |
| 2 New York | 16 Buenos Aires | 19 Toronto |
| 3 Washington | 17 Montevideo | 20 Vancouver |
| 4 Havanna | | 21 Chicago |
| 5 Mexico City | | 22 New York |
| 6 Guatemala City | | 23 Atlanta |
| 7 San José | | 24 San Francisco |
| 8 Caracas | | 25 Los Angeles |
| 9 Bogotá | | 26 Port-au-Prince |
| 10 Quito | | 27 Santo Domingo |
| 11 Lima | | 28 Rio de Janeiro |
| 12 La Paz | | 29 Sao Paulo |
| 13 Brasília | | |
| 14 Asunción | | |

Europa

■ Botschaften, Missionen, Delegationen ■ Generalkonsulate

- | | | | |
|--------------|---------------|-------------|------------------|
| 1 Oslo | 15 Prag | 28 Tirana | 36 Düsseldorf |
| 2 Stockholm | 16 Bratislava | 29 Rom | 37 Frankfurt |
| 3 Helsinki | 17 Kyiv | 30 Athen | 38 Hamburg |
| 4 Riga | 18 Wien | 31 Ankara | 39 München |
| 5 Kopenhagen | 19 Genève | 32 Tiflis | 40 Stuttgart |
| 6 Moskau | 20 Ljubljana | 33 Madrid | 41 Bordeaux |
| 7 Warschau | 21 Budapest | 34 Lissabon | 42 Lyon |
| 8 Berlin | 22 Bukarest | 35 Nikosia | 43 Marseille |
| 9 Den Haag | 23 Zagreb | | 44 Strassburg |
| 10 London | 24 Sarajewo | | 45 Edinburgh |
| 11 Dublin | 25 Belgrad | | 46 Mailand |
| 12 Brüssel | 26 Sofia | | 47 Genua |
| 13 Luxemburg | 27 Skopje | | 48 Barcelona |
| 14 Paris | | | 49 Istanbul |
| | | | 50 St.Petersburg |



Afrika

Botschaften, Missionen, Delegationen

- 1 Rabat
- 2 Algier
- 3 Tunis
- 4 Tripolis
- 5 Kairo
- 6 Khartum
- 7 Addis Ababa
- 8 Nairobi
- 9 Kigali
- 10 Dar es Salaam
- 11 Harare
- 12 Antananarivo
- 13 Pretoria
- 14 Maputo

Generalkonsulate

- 15 Kinshasa
- 16 Abuja
- 17 Akkra
- 18 Abidjan
- 19 Dakar
- 20 Yaounde
- 21 Kapstadt

Asien

Botschaften, Missionen, Delegationen

- 1 Beirut
- 2 Tel-Aviv
- 3 Damaskus
- 4 Amman
- 5 Bagdad
- 6 Teheran
- 7 Kuwait
- 8 Riad
- 9 Abu Dhabi
- 10 Taschkent
- 11 Bishkek
- 12 Islamabad
- 13 New Delhi
- 14 Dhaka
- 15 Colombo
- 16 Bangkok
- 17 Kuala Lumpur
- 18 Singapur
- 19 Jakarta
- 20 Hanoi
- 21 Manila
- 22 Beijing
- 23 Seoul
- 24 Tokio

Generalkonsulate

- 25 Djeddah
- 26 Dubai
- 27 Karachi
- 28 Mumbai
- 29 Almaty
- 30 Guangzhou
- 31 Hong Kong
- 32 Shanghai
- 33 Osaka

Ozeanien

Botschaften

- 1 Canberra
- 2 Wellington

Generalkonsulate

- 3 Sydney

Botschaften und Konsulate

Facts & Figures

Die Auslandsvertretungen der Schweiz sind Instrumente zur Wahrung der Interessen gegenüber anderen Staaten und in internationalen Organisationen. Sie erbringen auch vielfältige Dienstleistungen für die Wirtschaft sowie für Mitbürgerinnen und Mitbürger.

Schlanker Apparat

Die Schweiz verfügt heute über rund 150 Auslandsvertretungen, 93 Botschaften und 12 Missionen bei internationalen Organisationen sowie 41 Generalkonsulate. Diese Zahl bewegt sich im Rahmen vergleichbarer Staaten. Dennoch sind zwei Eigenheiten unübersehbar. Erstens setzt die Schweiz als neutrales und unabhängiges Land auf universelle aussenpolitische Beziehungen und betreibt deshalb ein geografisch breit gestreutes Vertretungsnetz. Auch die Grösse und Bedeutung der Auslandschweizerkolonien spielen für die Ausgestaltung des Vertretungsnetzes eine Rolle. Die zweite Eigenheit des schweizerischen Vertretungsnetzes ist die bescheidene personelle Ausstattung der einzelnen Vertretungen. Vier Fünftel der bilateralen Vertretungen verfügen neben dem Botschafter nur über zwei oder weniger diplomatische Mitarbeitende, mit denen oft auch noch Nachbarländer abgedeckt werden. Viele Botschaften sind Kleinstvertretungen mit lediglich einem Diplomaten oder einer Diplomatin.

Kontaktnetze

Welches sind die wichtigsten Aufgaben auf den Vertretungen? Wie setzen sie sich für die Interessen der Schweiz im Ausland ein? Sie unterhalten regelmässige Beziehungen zu Regierungsstellen, internationalen Organisationen sowie politischen und wirtschaftlichen Interessengruppen. Dazu bauen sie Beziehungsnetze auf, pflegen den Dialog mit verschiedensten Akteuren im Gastland und legen die Grundlage zu einem besseren Verständnis der Schweiz im Ausland. Nur wer Kontakte hat, sich trifft und kommuniziert, wird wahrgenommen und verstanden; nur wer ein Kontaktnetz aufgebaut hat, kann gerade in Krisensituationen auf Unterstützung zählen. Die Vertretungen sind zudem bei der Erarbeitung von Abkommen unterstützend tätig und haben oft Aufgaben bei der Überprüfung der Umsetzung.

Unterstützung der Wirtschaft

Die Vertretungen erfüllen Aufgaben im Bereich der wirtschaftlichen Interessenwahrung, was für die Schweiz als Exportland wichtig ist. Dazu gehören neben der Mitwirkung an der Ausarbeitung von Abkommen beispielsweise Massnahmen bei Diskriminierung von Schweizer Unternehmen oder Produkten und Dienstleistungen oder Interventionen bei Marken- und Urheberrechtsverletzungen. Die Botschaften und Konsulate sind

wichtige Kontaktpunkte. Sie kennen die lokalen Märkte und die wirtschaftlichen und politischen Rahmenbedingungen. Eine besondere Bedeutung hat auch die Exportförderung, die ins Pflichtenheft aller Vertretungen gehört. Die Ratschläge und die Unterstützung der Schweizer Vertretungen sind für die Unternehmen auch nützlich, wenn sie sich längerfristig in einem Land niederlassen und dort produzieren wollen. In 13 Schwerpunktländern bestehen sogenannte Swiss Business Hubs, die in Zusammenarbeit mit der Osec betrieben werden.



Informationsbeschaffung und -verarbeitung

Die Vertretungen beobachten die Entwicklungen in ihrem Gastland – zum Beispiel im Bereich der Politik, der Wirtschaft, der Kultur, der Umwelt, der Menschenrechte oder der Wissenschaft und Technologie – und berichten darüber nach Bern. Die Verwaltung ist meist auf sehr spezifische Informationen angewiesen.

Konsularische Geschäfte

Die konsularischen Dienste der Vertretungen unterstützen Landsleute im Ausland – sowohl ständig niedergelassene Auslandschweizer wie auch schweizerische Staatsbürger, die sich nur vorübergehend (Ferien, Geschäftsreisen usw.) im Ausland aufhalten. 83 Prozent der Schweizer Bevölkerung sind mindestens einmal pro Jahr geschäftlich oder privat unterwegs. Rund die Hälfte dieser Reisen führt ins Ausland. Bei einer solch regen Reisetätigkeit kann einiges schief gehen. Dann ist oft die Hilfe der Botschaften und Konsulate gefragt.

Konsularische Dienstleistungen im Jahr 2005

Ausgestellte Visa	550 591*
Asylfälle (auf der Botschaft/dem Konsulat gestellte Asylgesuche)	3 797
Ausstellen von Ausweispapieren	45 250
Zivilstandsfälle (Eheschliessungen, Geburten, Adoptionen, Scheidungen, Todesfälle)	37 819
Bürgerrechtsangelegenheiten (z.B. Gesuche um erleichterte Einbürgerung)	2 555
Konsularische Schutzfälle (Hilfe z.B. bei Verkehrsunfällen, Todesfällen, Inhaftierungen, Entführungen)	1 101

*Visa:

1. Beijing	70 581 Visa
2. Moskau	64 935 Visa
3. Mumbai	45 464 Visa
4. New Delhi	21 486 Visa
5. Istanbul	20 572 Visa
6. Shanghai	18 625 Visa

Eine besondere Bedeutung haben die über 634 000 Schweizerinnen und Schweizer, die ständig im Ausland leben. Für sie sind die Konsularabteilungen der Botschaften und die Konsulate eine Art Gemeindeverwaltungen im Ausland. Die administrative Betreuung der Auslandschweizer ist wichtig für die Ausübung des Stimm- und Wahlrechts, die Ausstellung offizieller Ausweise (Pass, Identitätskarten usw.), Fragen betreffend Staatsangehörigkeit oder Zivilstandsangelegenheiten. Die Schweizer Vertretungen sind so das Bindeglied zwischen den Auslandschweizern und der Heimat.

Eine steigende Bedeutung hat die Betreuung von in Not geratenen Schweizer Touristen, die Gewährung von konsularischem Schutz und die Unterstützung bei Verlust offizieller Ausweise. Die Vertretungen besuchen bei Bedarf auch inhaftierte Schweizer im Gastland, können ihre Verteidigung vor Gericht sicherstellen oder bei unrechtmässiger Behandlung bei den Behörden des Gastlandes intervenieren. Den Unterstützungsmöglichkeiten der Vertretungen sind allerdings auch Grenzen gesetzt. Insbesondere ist das Recht des Gaststaates zu respektieren, und die Vertretungen dürfen sich nicht in die inneren Angelegenheiten des Gastlandes einmischen.

Eine besondere Wichtigkeit haben schliesslich Aufgaben aus dem Migrationsbereich. Dazu gehört die Ausstellung von Visa, Abklärungen im Zusammenhang mit Asylverfahren oder Aufgaben bei der Rückführung abgewiesener Asylbewerber.

Botschaft

Eine Botschaft ist eine diplomatische Vertretung in einem fremden Staat. Der Hauptauftrag besteht in der Wahrnehmung der politischen, wirtschaftlichen und rechtlichen Interessen gegenüber dem Gastland. Dazu gehören auch die Imagepflege für die Schweiz und das Betreiben eines Beziehungsnetzes. Botschaften unterhalten in der Regel auch Konsularabteilungen, welche Dienstleistungen für schweizerische Staatsangehörige, aber auch gegenüber ausländischen Staatsangehörigen erbringen. Botschaften befinden sich in den Hauptstädten, das heisst beim Regierungssitz des Gastlandes. Vertretungen der Schweiz bei internationalen Organisationen werden auch von einem Botschafter geleitet, sie tragen aber andere Bezeichnungen (Missionen, Delegationen, ständige Vertretungen).

Generalkonsulate und Konsulate

In wichtigen Städten oder wenn in der Beziehung zu einem Land politische Bereiche eine untergeordnete Rolle spielen, können Generalkonsulate eingerichtet werden. Generalkonsulate unterstehen immer einer Botschaft, welche die offizielle Vertretung der Schweiz gegenüber der betreffenden Regierung ist, selbst wenn sich die Botschaft nicht im gleichen Land befindet. Das Tätigkeitsgebiet eines Generalkonsulats liegt ebenfalls im Bereich der Interessenwahrung, besonders bei der Wirtschaftsförderung, Öffentlichkeitsarbeit und bei der Erbringung konsularischer Dienstleistungen. Neben den Botschaften, Missionen und Generalkonsulaten, die von Berufspersonal be-

trieben werden, verfügt die Schweiz auch über ein Netz von ehrenamtlichen Honorarkonsuln. Sie sind meist im Gastland niedergelassene Schweizer Bürger. Die Tätigkeit richtet sich nach einer Vereinbarung, die mit einem vorgesetzten Generalkonsulat geschlossen wurde.

Privilegien und Immunitäten

Die Privilegien und Immunitäten für das Botschaftspersonal umfassen:

- freie Kommunikation zwischen der diplomatischen Mission (Botschaft) und den Behörden des Entsendestaates;
- Unverletzlichkeit des diplomatischen Personals, das weder verhaftet noch inhaftiert werden kann;
- Unverletzlichkeit der diplomatischen Räumlichkeiten (die örtlichen Behörden benötigen für einen Zutritt die Genehmigung des Missionschefs);
- Immunität vor der Gerichtsbarkeit (gegen einen diplomatischen Vertreter oder seine Familie können keine Gerichtsverfahren eingeleitet werden);
- Steuervergünstigungen.

Die Privilegien und Immunitäten werden nicht zugestanden, um den Einzelnen persönlich zu bevorzugen, sondern um ihm die wirksame Erfüllung seiner Aufgaben in völliger Unabhängigkeit vom Empfangsstaat zu ermöglichen.

Wiener Übereinkommen

Vier für die internationalen Beziehungen wesentliche Übereinkommen wurden in Wien unterzeichnet. Es handelt sich um das Übereinkommen von 1969 zum Vertragsrecht, das Übereinkommen von 1961 zu den diplomatischen Beziehungen, das Übereinkommen von 1963 zu den konsularischen Beziehungen und das Übereinkommen von 1986 zum Vertragsrecht zwischen Staaten und internationalen Organisationen oder zwischen internationalen Organisationen.

Wird die Schweiz
im Ausland gut
vertreten?

Mitreden: siehe Beiblatt
am Anfang der Broschüre.

Sagen Sie ihre Meinung:
www.eda.admin.ch

Das Image der SCHWEIZ in 16 Ländern

Wie wird die Aussenpolitik der Schweiz im Ausland wahrgenommen? Welches Image hat die Schweiz?
16 Schweizer Botschaften liefern ein Stimmungsbild.



Demokratische Republik Kongo

Zentralafrika

63 Mio. Einwohner

2 267 600 km² Fläche



In der Demokratischen Republik Kongo und deren Hauptstadt Kinshasa gibt es einige ganz wenige Personen, die die Schweiz besser kennen als wir Schweizer, weil sie beispielsweise in der französischsprachigen Schweiz studiert haben. Für alle anderen ist die Schweiz eher der Inbegriff des unerreichbaren Paradieses, in das man mit allen Mitteln hinkommen sollte. Dies, verbunden mit Vorstellungen, die uns mehr oder weniger schmeicheln und von denen auch wir wünschten,

dass sie wahr wären.

Die Kongolesen, welche eine gewisse Vorstellung von der Schweiz haben, bringen sie sehr oft mit unserem Einsatz für die Menschenrechte in Verbindung. Unsere humanitäre Rolle und das IKRK werden immer wieder erwähnt sowie die Stellung des «Internationalen Genfs» unterstrichen.

Die Einstellung zu unserem Land ist durch latente Sympathie gekennzeichnet, aber bald schimmert im Gespräch immer durch, dass wir eigentlich mehr für den Kongo und insbesondere für den jeweiligen Gesprächspartner tun könnten. Jeder Kongolese hat immer zündende Ideen parat, wie man mit ihm ein sinnvolles Projekt umsetzen könnte.

Die aussenpolitische Rolle der Schweiz erscheint hier eher diffus. Man hört viel von Neutralität, ohne dass hier viel darunter vorstellbar ist. Weil die Schweiz das erste Land war, welches seine Unterstützung für die 2. Runde des Präsidentenwahlkampfes zugesagt und mit Vertrag besiegelt hat, sind wir in allen Medien als vorbildlich dargestellt worden. Das hat uns viel Bonus eingetragen. Hin und wieder können wir auch im Rahmen von Kulturveranstaltungen Profil zeigen. In den Ministerien stossen wir mit unseren Kandidaturen für Posten in Internationalen Organisationen meist auf grosse Sympathie. Aber eines Tages wird die DRK in diesen Organisationen auch wieder ihr Stimmrecht haben und Gegenrecht fordern. Was wird dann die Einstellung der Schweiz zum grössten schwarzafrikanischen Land und weltweit grössten Staat mit Französisch als Amtssprache sein?

Hans-Rudolf Hodel, Botschafter



Russland

Osteuropa/Asien

143 Mio. Einwohner

17 075 200 km² Fläche



Spricht man in Russland von der Schweiz, heisst die erste Reaktion oft: «glückliches Land, neutral und reich.» Das weisse Kreuz auf rotem Grund hat hingegen meist gar nichts mit der Schweiz zu tun: Es ist bei Zahnärzten, Schuhfabrikanten und Produzenten von Bügeleisen ganz einfach als ein Symbol für Qualität. Die Schweiz kann sich auch geografisch geehrt fühlen: Besonders schöne Orte werden gerne mit dem Prädikat «Schweiz» geschmückt: So gibt es im Altai-Gebirge den

schweizerischen Altai; vor den Toren Moskaus, dort wo die schöne Landschaft beginnt, liegt die moskowitzische Schweiz; es gibt die Schweiz des Ural und viele weitere solcher Bezeichnungen. Das beweist, dass die Schweiz ganz offensichtlich viele positive Gefühle auslöst – als Schweizerin und Schweizer kann man sich davon nur inspirieren lassen.

Aus russischer Sicht ist die Schweiz mehr als ein kleines Land, aber weniger als eine Grossmacht. Ihr wird eine idyllische und romantische Aura umgelegt, die gefällt und die anzieht – vor allem reiche Russen. Das ist bei weitem kein neues Phänomen, bereits im 19. Jahrhundert kamen viele russische Touristen in die Schweiz. Diese Tradition wurde dann aber 1917 durch die russische Revolution abrupt gestoppt. Heute gilt die Schweiz wieder als eine Art Schlaraffenland, als bevorzugter Ort für die Sommerfrische – hat doch auch Lenin eine gewisse Zeit in der Schweiz gelebt (!) – ein Ort also, der irgendwie ausserhalb der normalen Welt liegt und den man gern, sehr gern hat. Das alles funktioniert ohne grosses Wissen über die Schweiz, Details interessieren nicht wirklich. Schweizer Uhren sind sehr begehrt, sie sind ein Luxusobjekt und Symbol der Präzision, mehr muss man gar nicht wissen.

Die ungeheure Dynamik in den Beziehungen zwischen der Schweiz und Russland scheint nun aber gegenseitig zu mehr Neugier zu führen: Von Jahr zu Jahr steigen die politischen und wirtschaftlichen Kontakte, immer mehr Güter und Dienstleistungen werden von der Schweiz nach Russland exportiert, immer mehr russische Geschäftsleute, Künstler und Touristen reisen in die Schweiz – all das führt dazu, dass man sich besser kennenlernt und sich auch immer besser versteht. Das Bild der Schweiz wird dadurch differenzierter – und auch realistischer.

Das Team der Schweizer Botschaft in Moskau



Vietnam

Südostasien

84 Mio. Einwohner

329 650 km² Fläche



Wie überall ausserhalb Europas, wird die Schweiz auch in Vietnam ab und zu mit Schweden verwechselt. Wenn nicht, ist die Schweiz ganz klar das Land der Uhren, der Banken und der Schokolade. Das ist durchaus hilfreich, denn solange diese Qualitätsprodukte mit Schweiz assoziiert werden, solange merkt niemand, dass andere Länder ebenfalls hochklassige Uhren herstellen, gute Banken haben und feine Schokolade produzieren.

Doch Vietnam und die Schweiz verbindet mehr als das gegenseitige klischeehafte Wissen: In Genf wurde anlässlich der Indochina-Konferenz 1954 das Ende der Kolonialherrschaft Frankreichs beschlossen und Vietnam erstmals in seiner Geschichte anerkannt. Die Historiker beurteilen diesen Vertrag nicht nur positiv, hat doch die damals beschlossene Trennung in einen Nord- und einen Südtteil während 20 Jahren nichts als Krieg und Leid gebracht. Trotzdem haben die Vietnamesen von Genf und der Schweiz das Bild einer Stadt des Friedens und eines friedliebenden Landes behalten.

Genau dieses Bild, verbunden mit der Neutralität der Schweiz, gibt ihr in Vietnam und auch in Kambodscha und Laos Glaubwürdigkeit. Die Schweizer Aussenpolitik wird ernst genommen und als gerecht empfunden. Das ist ein wichtiger Trumpf, wenn es um Menschenrechte und um gerechte Regierungsführung geht. Dieses Vertrauen darf aber nicht überstrapaziert werden, denn eine Reputation entsteht und entwickelt sich über lange Jahre hinweg.

Bénédict de Cerjat, Botschafter



Ghana

Westafrika

23 Mio. Einwohner

239 460 km² Fläche



Soweit man sich in Ghana überhaupt ein Bild von der Schweiz macht, ist dieses mit vielen positiven Attributen verbunden: Reinlichkeit der Strassen, Pünktlichkeit der Züge, Schönheit der Landschaft, Wohlstand der Bewohner, Präzision der Uhren. Vereinzelt, vor allem unter Ghanaern, die beruflich oder privat internationale Verbindungen pflegen, weiss man auch von der aussergewöhnlichen politischen Struktur des Landes, etwa von den vielen Volksabstimmungen oder der Landesregierung,

die aus nur 7 Mitgliedern besteht – in einem Land, das etwa deren 80 Regierungsmitglieder kennt, eine echte Sensation. Auch als wichtigen Sitz der Vereinten Nationen (in Genf) oder der FIFA (in Zürich) kennt man die Schweiz. In der Tat ist im fussballbegeisterten Ghana Sepp Blatter der wohl bekannteste (und in hiesigen Zeitungen am häufigsten abgelichtete) Schweizer der Zeitgeschichte!

Schliesslich hat man auch von der Neutralität der Schweiz gehört. Doch wird darunter vor allem ein passives Abseitsstehen, ein Heraushalten aus fremden Händeln verstanden, was in einem Land, das mit zu den Staaten zählt, die der UNO am meisten Truppenkontingente für friedenserhaltende Operationen zur Verfügung stellen, nicht nur positiv bewertet wird. Positiver wird da schon die humanitäre Tätigkeit des Roten Kreuzes gesehen, das immer wieder mit der Schweiz in Verbindung gebracht wird.

Aber, und unter dem Einfluss der globalisierten Informationsgesellschaft immer häufiger, fügt man diesem doch eher idyllischen Bild von der Schweiz auch einige kritische Striche bei. Das Bankgeheimnis und die angebliche Beihilfe zur Beiseiteschaffung von Potentatengeldern etwa. Die lange Nichtmitgliedschaft bei den Vereinten Nationen, die auch schon mal als Mangel an internationaler Solidarität ausgelegt wird, die starke Abschottung gegen die Immigration aus Dritte-Welt-Ländern und natürlich die vermuteten unerschwinglich hohen Lebenskosten in diesem fernen Land. Das ändert aber nichts daran, dass die Vorstellung, die sich die Ghanaer von der Schweiz machen, grundsätzlich von Sympathie geprägt ist.

Georg Zubler, Botschafter

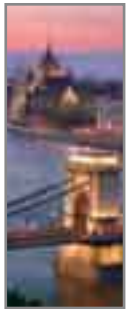
Das Image der **SCHWEIZ** in 16 Ländern

«Fast jeder Schweizer ist Euromillionär»



Ungarn

Osteuropa
10 Mio. Einwohner
93 030 km² Fläche



Fast alle Ungarinnen und Ungaren kennen die Schweiz mehr oder weniger gut und können auch gewisse Besonderheiten aufzählen: Uhren, Banken und so weiter. Sie wissen auch, wer Wilhelm Tell ist – denn die Figuren des traditionellen ungarischen Kartenspiels sind alle dem Schiller-Drama Wilhelm Tell entlehnt! Die Schweiz wird als schönes Land betrachtet, wo alles sauber und gut organisiert ist, wo die Bewohner arbeitsam, freundlich, manchmal etwas distanziert sind.

Die Ungarinnen und Ungaren, welche die Schweiz besser kennen, schätzen das gute Funktionieren der politischen Organisationen, die leistungsfähige Wirtschaft und die allgemeine Lebensqualität. Diese gute Meinung über die Schweiz entspringt der Sympathie und der Anerkennung für die vorteilhaften Lebensumstände, von denen die meisten Schweizer profitieren. In wirtschaftlichen Kreisen geniesst die Schweiz einen ausgezeichneten Ruf, da die beiden Länder seit langer Zeit eng zusammenarbeiten. Einer der Pioniere der ungarischen Industrialisierung im 19. Jahrhundert, Abraham Ganz, war ein Schweizer und weitere Landsleute haben wichtige Rollen in der wirtschaftlichen Entwicklung Ungarns gespielt. Die Schweizer Unternehmen werden für ihre Seriosität und ihr Know-how geschätzt. Im Grossen und Ganzen wird die Schweiz in Ungarn für ihre effektiven Qualitäten bewundert.

Bestätigt wird der gute Ruf durch die Neutralität und die Rolle des internationalen Genfs, das die Ungarn in ihrer wohlwollenden Betrachtung der Schweiz bestätigt.

Marc-André Salamin, Botschafter



Costa Rica

Zentralamerika
4,1 Mio. Einwohner
51 000 km² Fläche



Die Costaricaner sind stolz darauf, dass ihr Land als die Schweiz Zentralamerikas gilt. Dementsprechend gross sind Ansehen und Sympathie, die unserem Land entgegengebracht werden. Die Schweiz wird als wohlhabendes, neutrales, sicheres und sauberes Land wahrgenommen. Uhren, Banken, Alpen, Sackmesser, Schokolade – nicht aber Käse – Tourismus und Hotelfachschulen prägen das Schweizerbild.

Bei Kontakten mit der Bevölkerung stellt man immer wieder fest, dass die Kenntnisse über die Schweiz nicht sehr tief gehen und Vorstellung und Realität auseinanderklaffen. Einige Beispiele hierzu: Die Schweiz ist ein neutrales Land und hat damit wie Costa Rica auch keine Armee. Oder: Als europäisches Land gehört die Schweiz der Europäischen Union an. Auch dieses Bild ist weit verbreitet: Fast jeder Schweizer ist Euromillionär.

Im Gespräch mit Taxichauffeuren kommt sehr schnell jeweils die Bemerkung, dass sich der frühere Präsident José Maria Figueres mit seinen Schmiergeldern in die Schweiz abgesetzt hat. Die Richtigstellung dieser Falschaussage löst jeweils ein glückliches Lächeln aus. Ob dieses von der Wiederherstellung des Wunschbildes oder dem Geldsegen durch den unermüdlich weiter tickenden Taxameter herrührt, sei dahingestellt.

Die aussenpolitische Rolle der Schweiz wird nur von der Führungsschicht und Branchenexperten wahrgenommen. In diesen Kreisen geniessen die Initiativen der Schweiz im Bereich der Menschenrechte und die Rolle Genfs einen guten Ruf.

Gabriela Nützi, Botschafterin



Türkei

Südosteuropa/Südwestasien

70 Mio. Einwohner

780 580 km² Fläche



Die Meinungen der türkischen Bevölkerung über die Schweiz sind geteilt. Eine Mehrheit verbindet sie mit Demokratie, Neutralität, Frieden, Menschenrechten, Respekt vor den Anderen, aber auch mit Reichtum, Natur, Uhren und Schokolade. Die Schweizer Banken sind ebenfalls bekannt. Sie werden sie mit dem Reichtum der Schweiz in Verbindung gebracht, aber auch mit Bankkonten von Personen, die in illegale Aktivitäten verwickelt sind.

Wegen der guten wirtschaftlichen Lage gilt die Schweiz als attraktives Auswanderungsland, vor allem für Menschen, die in ärmeren Verhältnissen leben. Diese Menschen möchten ins Ausland emigrieren, um Arbeit zu finden und sich und der Familie eine bessere Zukunft zu sichern.

Die Schweiz ist aber auch Feriendestination für Türiinnen und Türken: Die Berge und die Skiorte sind die bekanntesten und attraktivsten Orte, wo es Mitglieder der besseren Gesellschaft hinzieht. Ihnen gefallen auch die Schweizer Uhren und sie kennen die Schweizer Schokolade.

Die Schweizer Schulen und das Erziehungssystem haben in der Türkei einen exzellenten Ruf. Nicht wenige türkische Studentinnen und Studenten möchten ihre Studien in der Schweiz komplettieren. Und Schweizer Schulen gehören für Eltern zu den bevorzugten Bildungsinstituten.

Neben all diesen positiven Attributen beginnt sich jedoch ein Gefühl zu entwickeln, dass für die Schweiz weniger vorteilhaft ist: Der Schweiz wird vorgeworfen, parteiisch und gegenüber der kurdischen PKK, «zu tolerant» zu sein. Ebenfalls nicht goutiert wird der Entscheid des Nationalrates, «den Völkermord an den Armeniern anerkannt zu haben». Gewisse Türken sind enttäuscht, dass die Schweiz als neutrales Land diese Position eingenommen hat. Umso mehr, als die Schweiz als Gastland für den «Vertrag von Lausanne» zur Gründung des modernen türkischen Staates beigetragen hat.

Melda Tun, Lokalangestellte der Schweizer Botschaft in Ankara



Mosambik

Südostafrika

20 Mio. Einwohner

801 590 km² Fläche



Mosambik ist einer der ärmsten Staaten der Welt. Über die Hälfte der Bevölkerung ist des Lesens und Schreibens nicht mächtig. Nur etwa 30 Prozent beherrschen die offizielle Landessprache (Portugiesisch). Die meisten Menschen haben keinen Zugang zu Medien. Wer eine Grundschule besuchen kann, wird von Lehrkräften unterrichtet, die selbst in der Regel nur wenige Schuljahre hinter sich haben und kaum gereist sind, jedenfalls nicht über die Landesgrenzen hinaus. Für viele

beschränkt sich der Lebensraum auf die unmittelbare Umgebung. Die Möglichkeiten, selbst das eigene Land zu erkunden und kennenzulernen, sind beschränkt.

Kenntnisse über so «ferne» Länder wie die Schweiz sind im Wesentlichen einer kleinen Oberschicht vorbehalten. In deren Wahrnehmung ist unser Land hauptsächlich französischsprachig. Das internationale Genf prägt vornehmlich das Bild. Die «welsche», presbyterianische Mission, deren Schulen ein Teil der mosambikanischen Elite absolviert hat, verstärkt dieses. Nur vereinzelt mögen auch Personen aus dem «einfachen» Volk von der Schweiz eine Vorstellung haben. Die schon erwähnte Mission dürfte dabei wieder eine Rolle spielen und allenfalls das IKRK, das im Krieg für viele Unschätzbare geleistet hat. Wenn uns selbstverständlich scheint, dass das Rote Kreuz aufs Engste mit der Schweiz verbunden ist, gilt dies in Mosambik nur höchst bedingt. Ebenso verhält es sich mit anderen «Markenzeichen» wie etwa der seit langen Jahren in Mosambik tätigen «Helvetas». Die Schweiz bleibt weitgehend unbekannt. Die gängigen Klischeevorstellungen von Uhren, Käse, Schokolade, Banken oder Schneelandschaften gibt es hier nicht.

Thomas Litscher, Botschafter

Das Image der **SCHWEIZ** in 16 Ländern

«Typisches Schweizer Schokoladenfondue»



Japan

Ostasien
127 Mio. Einwohner
377 835 km² Fläche



Der Japaner kennt die Schweiz nicht – aber er bringt ihr trotzdem spontane Sympathie entgegen. Was er an der Schweiz liebt, ist in erster Linie das Bild, das er sich von ihr macht. Diese Vorstellung hat weniger mit der Schweiz an sich zu tun, als vielmehr damit, wie der Japaner selber von der Welt wahrgenommen werden möchte. Denn der Japaner schreibt der Schweiz gewisse Qualitäten zu, die ihm am Herz liegen: An erster Stelle steht die Schönheit der Natur. Besonders

geliebt werden die Berge und die spektakulären Alpenpanoramen. Sie strahlen in japanischen Augen gleichzeitig Reinheit und eine gewisse Gefahr aus. Berge sind in Japan gleichbedeutend mit Schweiz – so sind die Japaner auch überzeugt, dass der Mont Blanc ein Schweizer Berg ist.

Der Japaner schätzt Qualität und ist verrückt nach vornehmen Labels. Ein teures Produkt mit bekanntem Namen ist für ihn ein Statussymbol und Ausdruck eines Lebenswandels, den er gerne führen möchte. Solche Produkte haben ihren Preis, aber man ist gerne bereit, diesen zu bezahlen. Eine Schweizer Uhr gehört zu den Statussymbolen erster Güte. Eine zu besitzen heisst, sich einen Traum erfüllen. Dasselbe gilt für Schweizer Schokolade oder andere Luxusprodukte aus unserem Land.

Doch sind es nicht nur Äusserlichkeiten, die der Japaner mit der Schweiz in Verbindung bringt. Es sind auch Charakterzüge, die er selber gerne haben würde und von denen er glaubt, dass sie den Schweizern ebenso wichtig sind. Dazu gehören Arbeitsmoral, Liebe zur Natur, Bescheidenheit, Disziplin, Zuverlässigkeit, gute Erziehung und der Glaube an die Technik.

Politisch lassen sich Japan und die Schweiz überhaupt nicht vergleichen: Hier die Schweiz als vielsprachiger und föderalistischer Staat mit halbdirekter Demokratie. Dort der einheitliche Kulturraum Japan mit einer zentralistischen Regierung, einem Königshaus und einer Demokratie, die von einer Partei dominiert wird. Und trotzdem: Der Schweiz wird für ihre Staatsform Respekt gezollt. Gar Bewunderung gibt es für die politische Stabilität, das friedliche Zusammenleben, die Neutralität und die humanitären Ideale.

Paul Fivat, Botschafter



Portugal

Südwesteuropa
10 Mio. Einwohner
92 391 km² Fläche



Die Schweiz ist in Portugal sehr gut bekannt und beliebt – als Auswanderungsland. Schliesslich leben 200 000 Portugiesen in der Schweiz, und seit vielen Jahrzehnten finden Menschen in der Schweiz Arbeit, eine neue Bleibe – aber keine Heimat. Die Heimat bleibt immer das portugiesische Dorf, so arm und rückständig es uns Schweizern erscheint. Portugiesinnen und Portugiesen leiden an ihrer notorisch ineffizienten Bürokratie und bewundern an der Schweiz und

ihrer Bevölkerung vor allem jene Eigenschaften, mit denen wir uns tatsächlich gerne brüsten: Rechtsstaatlichkeit, effiziente Verwaltung, menschlicher und respektvoller Umgang zwischen den Behörden und den Bürgern, jahrhundertealte demokratische Traditionen, Verlässlichkeit in den Geschäftsbeziehungen, Pünktlichkeit, Höflichkeit (man grüsst sich).

Portugiesinnen, die seit langer Zeit immer wieder die Schweiz bereisen, betonen, dass sich die Schweizer Bevölkerung entwickelt habe: Von der Biederkeit der 60er- und 70er-Jahre sei kaum mehr etwas übrig geblieben. Die jungen Leute in Genf, Bern, Zürich oder Basel seien heute dem Fremden oder Anderen gegenüber aufgeschlossener und toleranter. Die Schweiz sei trotz ihrer EU-Abstinentz (auch das ist landläufig bekannt) ein durch und durch europäisches Land, das kulturell und wirtschaftlich dazu gehöre.

Von den Schweizer Firmen und Produkten sind vor allem jene bekannt, die in Portugal niedergelassen bzw. käuflich sind: Swiss, Nestlé, Schindler, Roche, Novartis. Der Renner in den Spezialitätengeschäften ist das bisher in der Schweiz wohl noch unbekannte «typisch schweizerische Schokoladenfondue» mit allem Zubehör... Urbane Portugiesen sind Fans der modernen Architektur. Sie kennen die grossen Namen der Schweizer Architektur, Botta, Herzog & de Meuron, Zumthor.

Aussenpolitisch denkt Portugal in drei Dimensionen: EU, Atlantische Beziehungen (NATO) und lusophone Länder (ehemalige Kolonien). So erstaunt es nicht, dass die Schweizer Aussenpolitik in Lissabon kaum wahrgenommen wird.

Yasmine Chatila, Botschaftsrätin



Israel

Mittlerer Osten
7 Mio. Einwohner
20 770 km² Fläche



In Israel kennt jede und jeder die Schweiz – oder hat zumindest eine mehr oder weniger genaue Idee von ihr. Schokolade, Uhren, Banken – all das symbolisiert die Schweiz. Die grössten Sehnsüchte weckt der Friede, der seit Jahrhunderten in der Schweiz herrscht. Warum kann das eigene Land, etwa gleich gross wie die Schweiz, nicht auch endlich in Frieden leben?

Um der brütenden Hitze des langen Sommers zu entgehen, schätzen viele, vor allem vermögende

Israeli, die kühle Brise in den Alpen. Die beliebtesten Ferienorte sind St. Moritz, Crans-Montana und Verbier. Das Internationale Rote Kreuz, IKRK, ist seit 1967 ununterbrochen in Israel aktiv. Für viele gibt es keinen Unterschied zwischen dem roten Kreuz auf weissem Grund und dem weissen Kreuz auf rotem Grund – was sicher nicht negativ ist. 11 000 Schweizerinnen und Schweizer leben in Israel, vor allem schweizerische Juden, die ihren Glauben im Heiligen Land leben wollen. Ihre Bindung zum Heimatland ist pragmatisch, von Interesse sind vor allem Fragen zur sozialen Sicherheit, der AHV und dem Zivilstandswesen. Die Kontakte mit der Botschaft sind sporadisch. Hingegen werden die offiziellen Verlautbarungen der Schweiz zur Situation im Nahen Osten genauestens analysiert und diskutiert. Wenn das Gefühl entsteht, dass die historischen Nachbarn in den Stellungnahmen bevorteilt werden, kommen Erinnerungen und Erfahrungen aus dem 2. Weltkrieg wieder hoch. Und die offizielle Schweiz wird gebeten zu schweigen oder sich zumindest zurückzuhalten.

Die blühenden jüdischen Gemeinschaften in der Schweiz, vor allem in Zürich, Genf und Freiburg, führen zu freundschaftlichen Kontakten und fördern die wirtschaftlichen Beziehungen. Die zwei grossen Schweizer Banken haben ihre Präsenz und ihren Einfluss verstärkt. Eine Vertreterin von Schweiz Tourismus ist auf der Botschaft einquartiert und hilft den interessierten Israelis, die Schweiz kennenzulernen und den geplanten Schweiz-Aufenthalt zu ihrer vollsten Zufriedenheit zu gestalten. Der Libanon galt lange als die Schweiz des Nahen Ostens. Diese Aussage ist heute, als Folge der schwierigen Situation des Nachbarlandes, nicht mehr ganz richtig. Israel ist bestrebt, sich diese Bezeichnung zu erwerben. Die Konkurrenz um die Bezeichnung «Schweiz des Nahen Ostens» ist durchaus schmeichhaft für unser Land.

François Chappuis, Botschafter



Kanada

Nordamerika
33 Mio. Einwohner
9 984 670 km² Fläche



Die bilateralen Beziehungen zwischen der Schweiz und Kanada sind ausgezeichnet und die beiden Länder verbindet vieles – nicht nur die gleichen Farben in den jeweiligen Landesflaggen. Wie die Schweiz ist auch Kanada ein föderalistischer und vielsprachiger Staat. Beide Länder vertreten auf internationaler Ebene oft gleiche Positionen und konzertieren ihre Aktionen in den Bereichen Demokratie, Verteidigung der Menschenrechte und menschliche Sicherheit.

Sicher auch wegen diesen gleichen Interessen und Überzeugungen, ist das Bild der Schweiz sehr positiv. Klar, es gibt auch das Klischee des «Bergparadieses», aber die Kanadier als grosse Freunde der Berge kennen die Schönheiten der Schweiz und insbesondere der Bergwelt auch in Wirklichkeit sehr gut. Hingegen haben wenige Kanadier ein genaues Wissen über das Funktionieren des Staates Schweiz. Das hindert sie aber nicht, ein Loblied auf die direkte Demokratie, die Möglichkeit der Referenden und der Volksinitiativen zu singen. Gut bekannt ist auch die Tatsache, dass die Schweiz ein neutrales Land ist, ohne dass aber die Entwicklung dieses Begriffs oder die Diskussionen darüber gross wahrgenommen werden. Die Arbeit des Internationalen Komitees vom Roten Kreuz IKRK löst ein positives Echo aus und oft wird die humanitäre Organisation mit der Schweiz gleichgesetzt.

Im Herzen der Kanadier nimmt der Sport eine besondere Bedeutung ein. So sind denn erfolgreiche Schweizer Sportler und Sportlerinnen in Kanada die besten Botschafter. Hier löst nicht der Ball, sondern der Eishockeypuck Begeisterungstürme aus: Als dann an den olympischen Spielen in Turin 2006, das eigene, hochdekorierte Team gegen die Schweizer Eishockey-Nationalmannschaft verlor, war jedem und jeder schlagartig bekannt, dass Eishockey auch in der Schweiz einen hohen Stellenwert hat. Spieler wie David Aebischer, Martin Gerber und Mark Streit, die alle schon in kanadischen Mannschaften der National Hockey League NHL gespielt haben, erinnern in Kanada daran, dass die Schweiz zu den ganz Grossen dieses Sports gehört.

Philippe Praz, Erster Botschaftssekretär

Das Image der **SCHWEIZ** in 16 Ländern

«Die Schweiz: eher konservatives Land»



Schweden

Nordeuropa
9 Mio. Einwohner
449 964 km² Fläche



In einem Punkt unterscheidet sich die Wahrnehmung der Schweiz in Schweden prägnant von derjenigen in den meisten andern Ländern: Hier wird die Schweiz nicht wie sonst fast überall auf der Welt mit Schweden verwechselt. Ansonsten orientieren sich im Land der Rentiere und des Gravelachses die Mehrzahl der Einwohner an den gängigen Schweizer Stereotypen: die alpin-landschaftlichen Schönheiten, die zuverlässigen Präzisionsuhren, das vermögensfreundliche, auch

für schwedische Multimillionäre und Möbelverkäufer attraktive Steuersystem sowie die Pünktlichkeit und Qualität. Die Attribute «Pünktlichkeit» und «Qualität» werden jedoch nicht ausschliesslich als schweizerische Einzigartigkeit erachtet, da die Schweden dieselben auch für sich beanspruchen. Dies deutet auf eine wohlwollende Konkurrenz zweier Staaten hin, die sich in vielerlei Hinsicht ähnlich sind. Hierzu zählen Grundwerte wie Neutralität und die humanitäre Tradition verbunden mit einer soliden wirtschaftlichen Innovationskraft, einem gut funktionierenden Sozialsystem und einer modernen, dynamischen und kulturell vielfältigen Gesellschaft.

Die als wenig solidarisch beurteilte Nichtmitgliedschaft der Schweiz in der Europäischen Union wird vielfach mit kritischen, teils auch verwunderten Kommentaren vermerkt. Gänzlich ver-dutzen kann man schwedische Gesprächspartner, wenn man die progressive schweizerische Drogenpolitik oder die liberale Haltung zur Frage der Sterbehilfe erläutert.

Dem Durchschnittsschweden sind kaum Persönlichkeiten aus der Schweiz bekannt. Eine Ausnahme ist Roger Federer, der auch hierzulande ein helvetisches Aushängeschild erster Güte ist. Zusammengefasst wird die Schweiz oft als kleines und technisch innovatives, sehr reiches und gleichzeitig eher materialistisch-geiziges, aber insbesondere als vorab konservatives Land wahrgenommen.

Ivo Sieber, Botschaftsrat



Neuseeland

Ozeanien
4 Mio. Einwohner
268 680 km² Fläche



Die moderne Schweiz ist in Neuseeland am 2. März 2003 geboren worden. An jenem Tag gewann das Team Alinghi in Auckland die letzte Segelregatta um den «America's Cup» gegen das «Team New Zealand» und stiess Neuseeland in eine tiefe Depression darüber, als grosse Segel-nation durch einen Konkurrenten geschlagen worden zu sein, der aus südpazifischem Blickwinkel nicht nur ein seglerischer Nobody war, sondern auch noch ein Binnenland! Aber dieser Erfolg

hat eine vorher fehlende emotionale Dimension ins Verhältnis zwischen Neuseeland und der Schweiz gebracht. Sie erlaubt gegenseitigen Humor. So ist dem Botschafter Lachen oder Pfeifen jedwelchen Publikums gewiss, wenn er in einer Rede nur den kleinsten Hinweis auf die sportliche Leistungsfähigkeit der Schweiz macht.

Vor diesem Ereignis hatte die Schweiz in diesem weit entfernten Land bei der breiten Bevölkerung ein gutes, wohl etwas verstaubtes Image: Die schweizerischen Einwanderer waren in recht grosser Zahl seit den Jahren nach 1870 ins Land geströmt, hatten in diesem Land der Farmer ebenfalls das Bauernhandwerk aufgenommen und sich rasch und erfolgreich integriert. Was man sonst wahrnahm, waren nicht so sehr die Banken oder auch nicht die humanitäre Tradition oder die Neutralität, sondern eher die Berge – «the Northern» Alps gegenüber den heimischen «Southern Alps» auf der Südinsel Neuseelands, wo immer schon schweizerische Skilehrer und Alpinisten ein verklärtes, zeitloses Bild einer Naturschweiz prägten.

Der Umstand des schweizerischen UNO-Beitritts im Jahre 2002 und das hohe Engagement der Schweiz in vielen multilateralen Arenen von den Menschenrechten bis zum Klimaschutz hat in den Augen der neuseeländischen Regierung – wie übrigens auch umgekehrt – die Erkenntnis gebracht, dass die Schweiz ein zuverlässiger und nützlicher Partner für Neuseeland ist. Man weiss sich über die grosse Distanz einig in grundsätzlichen Werten, man weiss heute angesichts des globalen Ausmasses vieler Probleme, dass Partnerschaft auch über grosse geographische Distanzen möglich ist.

Beat Nobs, Botschafter



Brasilien

Südamerika

188 Mio. Einwohner

8 511 965 km² Fläche



Unser Land ist in Brasilien recht gut bekannt. Dies noch vermehrt, seit sich die brasilianische Fussball-Nationalmannschaft im Mai 2006 in Weggis LU am Vierwaldstättersee auf die Weltmeisterschaft vorbereitet hat. Für die meisten Bewohner und Bewohnerinnen Brasiliens, einem Land von kontinentalen Ausmassen, das sich erst vor wenigen Jahrzehnten vermehrt nach aussen öffnete, ist das Ausland generell noch weit entfernt, noch ferner ist Europa und bei der helvetischen Alpenrepublik bleiben dann meist nur noch die Klischees.

Man bewundert den Erfolg bekannter schweizerischer Unternehmen und allgemein die Qualität schweizerischer Produkte, staunt über die direkte Demokratie und stellt manchmal auch kritische Fragen etwa zum Bankgeheimnis.

Praktisch alle, die die Schweiz aus eigener Anschauung kennen, äussern sich enthusiastisch über unser Land. Bezogen auf die brasilianische Gesamtbevölkerung von über 180 Millionen Menschen ist dies allerdings eine verschwindend kleine Minderheit. Gelobt wird von den «Kennern» der öffentliche Verkehr und die touristische Attraktivität. Hoch im Kurs steht auch das schweizerische Bildungswesen auf allen Stufen. Weitere Pluspunkte gelten der Mehrsprachigkeit, der Sorge zur Umwelt und allgemein der hohen Lebensqualität.

In der Vergangenheit haben zahlreiche schweizerische Persönlichkeiten herausragende Beiträge an die brasilianische Entwicklung geleistet, sei es in der Wissenschaft, in Wirtschaft und Technik, in Literatur, Musik, in der Berufsbildung und sogar in der Politik. Zur heutigen Ausdehnung Brasiliens hat nämlich der schweizerische Bundesrat einen wesentlichen Beitrag geleistet, als er im Jahre 1900 mit seinem berühmten Schiedsspruch dem Grenzstreit zwischen Frankreich und Brasilien ein Ende setzte, indem er das umstrittene Territorium Amapá Brasilien zusprach.

Die aussenpolitische Rolle der Schweiz wird praktisch nur von Fachleuten (Diplomaten, einzelnen Politikern oder Journalisten) überhaupt wahrgenommen, in der Regel positiv.

Rolf Bärffuss, Botschafter



Vereinigte Arabische Emirate

Mittlerer Osten

2,7 Mio. Einwohner

82 880 km² Fläche



Die Schweiz ist den meisten Emiratis bestens bekannt. Der Grund ist einfach: Der kürzlich verstorbene Staatsgründer Scheich Zayed verbrachte praktisch jeden Sommer in Genf, und die Schweiz wurde so zu einem der beliebtesten Ferienzeile der emiratischen Bevölkerung. Es ist hier nachgerade schwierig, jemanden zu finden, der die Schweiz nicht bestens kennt. Was macht für die Emiratis die Schweiz aus? Gemeinsam ist wahrscheinlich allen die Bewunderung für das

Exotische, die landschaftliche Schönheit und Vielfalt, die als angenehmer Kontrast zu den heimischen Wüstenlandschaften empfunden wird.

Die bekanntesten Schweizer Erzeugnisse sind die Luxuskonsumprodukte. Uhren, Schmuck und ähnliches verkaufen sich in den Emiraten zuhauf. Auch unsere Banken werden sehr geschätzt. Viele von ihnen sind in den Emiraten tätig. Die Schweiz wird im Übrigen auch als ein Land wahrgenommen, das es ohne wesentliche Rohstoffe fertiggebracht hat, sich wirtschaftlich sehr erfolgreich in der Welt zu positionieren.

Die Emiratis schätzen die Schweiz als ein Land, in dem alles funktioniert, von der Gastfreundschaft in den Hotels über den öffentlichen Verkehr bis hin zum Immobilienmarkt, der ihnen – und das wurmt sie – bis dato allerdings noch teilweise verschlossen bleibt.

Die Vereinigten Arabischen Emirate sind ein Land, welches sich aussenpolitisch aus guten Gründen eine sehr grosse Zurückhaltung auferlegt. Aussenpolitisch ist daher aus dem schweizerischen Arsenal vorab die Neutralität bekannt. Ob das Konzept so genau verstanden wird, ist dabei zweitrangig (in den Emiraten gibt es Politik in unserem Sinne nicht). Aber es ist unübersehbar, dass der Mann von der Strasse Neutralität als etwas Weises empfindet, was der eigenen Zurückhaltung eine Bestätigung liefert und gewissermassen Vorbildfunktion hat.

Peter Vogler, Botschafter

THE NUBA MOUNTAINS CEASE-FIRE AGREEMENT

PREAMBLE

We the Parties to this Agreement, the Government of the Republic of Sudan and the Sudan Peoples' Liberation Movement/Nuba Front, have reached between their representatives during the negotiations in place in Sudan from 13th - 19th January 2003 to agree on the terms of such a cease-fire; HEREBY AGREE AS FOLLOWS: ARTICLE I THE CEASE-FIRE The Parties agree to an internationally monitored cease-fire among all their forces in the Nuba Mountains for a renewable period of six (6) months with the broader objectives of promoting a just, peaceful and comprehensive settlement of the conflict. ARTICLE II PRINCIPLES OF THE CEASE-FIRE 1. The cease-fire shall involve the cessation of hostilities between the Parties in the Nuba Mountains within 72 hours of the signing of this Agreement. 2. The cease-fire shall guarantee the free movement of civilians and goods, including humanitarian assistance, throughout the Nuba Mountains.

Die Friedenspolitik

Vertrauen bringt Frieden

Botschafter Josef Bucher bei seinem ersten Treffen mit dem südsudanesischen Rebellenchef Dr. John Garang. Sieben Jahre später unterzeichneten die Rebellen und die Regierung des Sudans in der Schweiz den Waffenstillstand.

Die Friedensförderung ist ein Hauptziel der Schweizer Aussenpolitik. Nur: Kann die kleine Schweiz in fernen Konflikten etwas bewirken? Die Antwort lautet ja. Mit jahrelangem Durchhaltevermögen und viel Geschick hat sie zum Beispiel einen Bürgerkrieg im Sudan entschärft.

«Als Schweizer Vermittler kann man nicht Geschenke machen oder Geld und Waffen verteilen. Das einzige, was wir zu bieten haben, ist Glaubwürdigkeit.» Das sagt Josef Bucher, Botschafter für Konfliktberatung und einer der Väter des Waffenstillstandes in den sudanesischen Nubabergen. Am 19. Januar 2002 auf dem Bürgenstock bei Luzern verkündet, war dieses Abkommen der Test, ob Verhandlungen zwischen Khartum und den Aufständischen im Südsudan überhaupt möglich waren, und so der erste Schritt für den 2005 abgeschlossenen Frieden zwischen Nord- und Südsudan. Heute toben Kämpfe zwischen Regierung und Rebellen in Darfur (Westsudan). Aber die Menschen im Süden leben jetzt im Frieden, haben Autonomie und können in ein paar Jahren über ihre Unabhängigkeit abstimmen.

Das Waffenstillstandsabkommen war innert einer Woche auf dem Bürgenstock ausgehandelt – so schnell, dass Störmanöver von aussen schlicht nicht möglich waren. Vorausgegangen waren aber über sieben Jahre zäher und geduldiger Vermittlungen. «Der Zufall führte Regie», sagt Bucher und erzählt vom sudanesischen Botschafter, der ihn anfragte, im Konflikt mit den Rebellen im Südsudan zu verhandeln. Die EDA-Führung gab dem arabisch sprechenden Bucher grünes Licht und damit den Startschuss

für eines der erfolgreichsten Vermittlungsmandate der Schweiz.

Die Besuche in der Hauptstadt Khartum, im muslimischen Norden, und die Treffen mit den christlich-animistischen Stammesführern in den Wüsten des Südens hat er irgendwann zu zählen aufgehört. In Erinnerung bleibt die erste Begegnung mit dem Rebellenführer und späteren Vizepräsidenten John Garang: «Er schnitt sich mit dem Schweizer Armeemesser, das ich ihm mitgebracht hatte, in den Finger. Ich zuckte zusammen, doch er lachte und sagte: Was der Regierung im Norden nicht gelungen ist, hat Bucher geschafft: Mich zu verletzen.» Viele solcher gemeinsamen Erinnerungen waren es, die Bucher über all die Jahre hinweg Glaubwürdigkeit und Autorität verliehen.

«Ich machte nie Vorwürfe, verteilte keine falschen Komplimente, versprach nichts. Schweigen und Zuhören sind ebenso wichtig wie Sprechen», erklärt der Schweizer Diplomat sein Vorgehen. Die Gesprächspartner sagten später über ihn: «Der Bucher ist manchmal unbequem und sagt unangenehme Wahrheiten, aber er lügt uns nicht an.» Der Innerschweizer begann, den Kontrahenten Vorschläge zu machen. «Ein Vermittler muss die Punkte finden, um die man feilschen kann.» Die Schweizer verankerten langsam aber sicher die Ideen des Föderalismus. Für die Sudanesischen eine zuerst

Fortsetzung nächste Seite



Die Nubaberge im Sudan.

Fortsetzung von Seite 29

unvorstellbare Staatsform. Militärs und Politiker befürchteten, dass der Staat auseinanderfallen würde. «Sie hatten generell ein völlig anderes Verständnis von Harmonie», so Bucher.

Weiterer wichtiger Streitpunkt war die Verteilung des Reichtums der Ölquellen im Süden. Statt unfruchtbare Diskussionen über Besitzverhältnisse zu führen, brachten die Schweizer die Sudanesen dazu, die Einnahmen aufzuteilen. Es begannen Diskussionen über Prozente – das heisst, die Parteien verhandelten! Auch das «Haus der Nationalitäten», wo die über 60 Stämme über Weiderechte, Wasser oder Viehdiebstahl diskutieren und verhandeln können, gab einen neuen Impuls: Die Südsudanesen

wurden ernst genommen, die nordsudanesischen Regierung musste sie in dieser Form konsultieren. Das «Haus der Nationalitäten» bekam Autorität und verhindert, dass die Stämme unter sich wieder Krieg führen.

Das Abkommen vom Bürgenstock über die Nubaberge war der erste Schritt zur Annäherung und zum umfassenden Friedensabkommen zwischen Nord- und Südsudan. Dieser erste Frieden seit 30 Jahren wird heute überlagert durch die Kämpfe in Darfur. Doch den Menschen im Süden des Sudan hat der in der Schweiz begonnene Friedensprozess endlich ein Leben ohne Bomben und Gewehrkugeln gebracht.

«Achtung vor dem Menschen – Achtung seiner Rechte, darin liegt das Geheimnis des Friedens. Eine Welt mit mehr Frieden, ist eine bessere Welt. Unsere Entschiedenheit, das Leben, die Würde und die Freiheit des Menschen zu verteidigen, ist der Tatbeweis für unsere Überzeugung beim Dialog mit anderen Religionen, weil wir auch glauben: Friede ist einer der schönsten Namen Gottes.»
P. Dr. Roland-B. Trauffer OP, Generalvikar

«Als Wahlbeobachterin unterstützen wir Länder im Übergang zur Demokratie. Wir beobachten den Wahlvorgang, ohne uns einzumischen. Wir können so das Vertrauen der Bevölkerung in den korrekten Ablauf von Wahlen stärken.»
Monique Nobs, Wahlbeobachterin in Sri Lanka, Angehörige des EDA-Expertenpools



Zivile Friedensförderung

Profis für den Frieden

600 Spezialistinnen und Spezialisten bilden den Schweizerischen Expertenpool für zivile Friedensförderung. Sie unterstützen internationale Friedensmissionen durch schweizerisches Know-how. Zum Beispiel als Wahlbeobachter, Polizeiberater oder als Spezialisten für Verfassungsfragen. Jährlich stehen rund 180 Expertinnen und Experten im Milizsystem im Einsatz.

Damit nach Kriegen oder Konflikten ein dauerhafter Frieden entstehen kann, müssen oft neue Strukturen geschaffen werden. Zum Beispiel Staatsverfassungen mit Rechten für Minderheiten oder demokratisch gewählte Regierungen. Oder allgemein gültige Regeln, wie Konflikte gewaltfrei gelöst werden können. Meist benötigen betroffene Staaten dafür Unterstützung. Hier bietet die Schweiz über ihre Partner (z.B. UNO, EU,

OSZE) den Expertenpool an. Die Schweizer Fachleute wirken in den Schwerpunktgebieten der schweizerischen Friedens- und Menschenrechtsförderung. Zum Beispiel in Südosteuropa, im Nahen Osten, in Sri Lanka, in der Demokratischen Republik Kongo oder in Kolumbien. Ausserdem nehmen die Expertinnen und Experten wichtige Funktionen an den Hauptsitzen internationaler Organisationen wahr, wie der UNO in New York, des Stabilitätspakts für Südosteuropa in Brüssel oder des internationalen Strafgerichtshofs für Ex-Jugoslawien in Den Haag.

Die Professionalität der Schweizer Expertinnen und Experten wird von den Partnern geschätzt. Der föderalistische Aufbau der Schweiz, ihr Umgang mit Minderheiten, ihre direkte Demokratie und Rechtsstaatlichkeit machen das Engagement glaubwürdig.

«Die Schweiz vermittelt in bewaffneten Konflikten, sie fördert Dialoge und entsendet Experten zur Stärkung von Frieden und Menschenrechten.»
Thomas Greminger, Chef der politischen Abteilung für Menschliche Sicherheit

«Der Peacemaker muss gut zuhören können und sich nicht in den Streit einmischen. Er muss beide Seiten anhören und verstehen. Die Lösung zum Frieden muss von den Streitenden kommen.»

Lea Herzog, Peacemaker im Feldmatt-Schulhaus, Ebikon LU

«Mit unserem Einsatz stärken wir das Vertrauen der Bevölkerung in die Polizei und fördern damit Stabilität und Frieden im Balkan.»

Simone Schmidli, Schweizer Polizeiberaterin im Kosovo, Angehörige des EDA-Expertenpools



Friedenspolitik

Facts & Figures

Friedenspolitik – nützt sie?

Der 2005 erstmals erschienene «Bericht Menschliche Sicherheit» legt aufgrund weltweiter statistischer Erhebungen dar, dass die Zahl der Kriege, die Zahl der Opfer von Gewaltkonflikten, Genoziden und schweren Menschenrechtsverletzungen sowie die Zahl der Flüchtlinge in den letzten 14 Jahren weltweit deutlich zurückgegangen sind. Der Bericht verschweigt nicht, dass sich im gleichen Zeitraum andere Probleme verschärft haben, etwa die direkte Gewalt gegen die Zivilbevölkerung, systematische Vertreibungen und terroristische Bedrohungen. Der Bericht führt die Verbesserungen insbesondere auf die Stärkung der internationalen Organisationen und auf erfolgreiche internationale Friedensoperationen zurück.

Friedenspolitik – wie?

Engagements für den Frieden bedingen einen langen Atem. Der Einfluss eines Vermittlers ist beschränkt. Letztlich sind es die Konfliktparteien, die entscheiden, ob sie die Chance eines Dialogs nutzen oder die Waffen sprechen lassen. Auch wenn zuerst eine Lösung unmöglich scheint – früher oder später werden die Konfliktparteien an den Verhandlungstisch sitzen, denn der Friede lässt sich mit militärischen Mitteln allein nicht erzwingen.

Das Gesetz über Massnahmen zur zivilen Friedensförderung und Stärkung der Menschenrechte und der Rahmenkredit von 220 Millionen Franken über mindestens vier Jahre, den das Parlament Ende 2003 bewilligt hat, geben dem EDA die Möglichkeit, Engagements systematisch über mehrere Jahre hinweg zu führen.

Die Instrumente sind:

- Menschenrechtsdialoge: In vertraulichen Gesprächen und durch konkrete Hilfestellungen wird zur Verbesserung der Menschenrechte in einem Land beigetragen. Voraussetzung ist die Bereitschaft der Partnerregierung zum offenen Dialog und zur Umsetzung von Reformen. Die Schweiz führt Menschenrechtsdialoge beispielsweise mit China, Iran, Vietnam und auf lokaler Ebene in Indonesien.
- Botschafter in Spezialmission und Konfliktmediatoren: Hochrangige Diplomaten und erfahrene Experten werden für Konfliktvermittlung eingesetzt.
- Mit thematischen diplomatischen Initiativen beispielsweise in der UNO leistet die Schweiz Beiträge zur Friedenspolitik und Menschenrechtspolitik.
- Thematische Kompetenzen in Fragen wie Machtteilung, Föderalismus, Vergangenheitsarbeit, Justiz in Transitionsprozessen, die spezifische Rolle von Frauen und Männern in Friedensfragen, Rechte von Flüchtlingen und von intern Vertriebenen sowie Umsetzung des humanitären Völkerrechts.
- Entsendung von Experten (s. Seite 29: Profis für den Frieden).

- Unterstützung von Projekten: Gespräche zwischen Konfliktparteien, die Schaffung unabhängiger Medien, Entminung, Ausbildung in Sachen Menschenrechten und demokratischer Strukturen oder die Bewältigung von schweren Menschenrechtsverletzungen in der Vergangenheit sind nur einige Beispiele.
- Logistische Dienste: In Ländern mit schwierigen Lebensbedingungen erleichtern zusätzliche Möglichkeiten für Transport oder medizinische Versorgung die Durchführung der Projekte.

Friedenspolitik – mit wem?

In der Friedens- und Menschenrechtspolitik arbeitet die Schweiz eng mit internationalen Organisationen zusammen:

- UNO: Die Schweiz engagiert sich seit jeher in sämtlichen Unterorganisationen, seit dem UNO-Beitritt 2002 bringt sie auch aktive politische Initiativen zur Stärkung der globalen Friedenspolitik ein (siehe auch: Kapitel UNO).
- OSZE: Mit 56 Staaten aus Europa, Nordamerika und Zentralasien ist die Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) die grösste regionale Sicherheitsorganisation.
- EU: Die Schweiz beteiligt sich an wichtigen zivilen Friedensmissionen der EU, etwa in Bosnien-Herzegowina, Kosovo und Indonesien (Aceh).

Weitere Partner sind ähnlich gesinnte Länder und Nichtregierungsorganisationen (NGO).

Friedenspolitik – wo?

Das schweizerische Engagement für den Frieden konzentriert sich zurzeit auf Südosteuropa, den Nahen Osten, Sri Lanka, Nepal, den Sudan, Burundi und Kolumbien. Ein Friedensprojekt wird unterstützt, wenn

- es längerfristigen Erfolg verspricht,
- es den aussenpolitischen Prioritäten der Schweiz entspricht,
- die Bevölkerung und Behörden miteinbezogen werden,
- die Regierungspolitik Demokratie und Menschenrechte als Grundlage für den Frieden unterstützt.

Die drei Genfer Zentren und weitere Partner

- Das Genfer Zentrum für Sicherheitspolitik (GCSP) bietet von Experten durchgeführte Ausbildungsprogramme in internationaler Sicherheitspolitik an. Kunden sind Diplomaten, höhere Offiziere und Beamte. Aushängeschild des Zentrums ist ein neunmonatiger internationaler Ausbildungskurs in Sicherheitspolitik.
- Das Internationale Zentrum für Humanitäre Minenräumung (GICHD) unterstützt nach dem Prinzip «Hilfe zur Selbsthilfe» den Aufbau von lokalen Gruppen zur Minenräumung und fördert

dert die internationale Zusammenarbeit. Zudem wird nach sicheren Entminungsmethoden geforscht. Ein Team von Entminungsexperten unterstützt minenverseuchte Länder operationell.

- Das Genfer Zentrum für die demokratische Kontrolle der Streitkräfte (DCAF) hilft bei der Kontrolle der Streitkräfte, eine der wichtigsten Voraussetzungen für die Stabilität junger Demokratien. Die Staaten werden in ihren Bemühungen unterstützt, die wirksame Kontrolle der Streitkräfte durch demokratisch gewählte Behörden sicherzustellen.
- Weitere wichtige Partner sind beispielsweise das Genfer «Zentrum für den Humanitären Dialog» (hd) für Konfliktmediation, «swisspeace» für praxisnahe Forschung, der «Small Arms Survey» für Fachwissen zu Kleinwaffen oder «Appell von Genf» für den Einbezug von Rebellengruppen in das Verbot von Antipersonenminen.

Klein- und Leichtwaffen

Die Bekämpfung des illegalen Handels von Klein- und Leichtwaffen ist einer der Schwerpunkte des Schweizer Engagements im Rahmen der Partnerschaft für den Frieden (s. Kapitel Neutralität) und der UNO. Die unkontrollierte Weiterverbreitung der kleinen und leichten Waffen (Sturmgewehre, leichte und schwere Maschinengewehre) verursachen grosses Leid. Es gilt also, die Sicherung und Vernichtung dieser Waffenbestände sicherzustellen.

Humanitäres Völkerrecht

Das humanitäre Völkerrecht gibt Mindestregeln für den Krieg vor und ist in den Genfer Konventionen festgelegt. Zur Stärkung des humanitären Völkerrechts unterhält die Schweiz seit 2003 einen hochrangigen informellen Expertendialog. Er ermöglicht nach einer allseits akzeptierten Auslegung existierender Regeln zu suchen.

Zivile Konfliktbearbeitung

In einer Reihe von Konfliktregionen laufen mehrjährige Programme, so zum Beispiel in Südosteuropa, Sri Lanka, Nepal, Kolumbien, Burundi, im Sudan, im Nahen Osten und im Kaukasus. Nur mit mehrjährigen Engagements vor Ort lässt sich das Vertrauen der Konfliktparteien gewinnen. Beispiele:

Nepal: Aufgrund einer diplomatischen Initiative der Schweiz wurde der Weg zur Stationierung von UNO-Menschenrechtsbeobachtern geebnet. Deren Präsenz konnte den seit elf Jahren wütenden Bürgerkrieg dämpfen. Ein Schweizer Vermittler vor Ort hat die Konfliktparteien diskret beraten und bei ihren ersten vertraulichen Kontakten und den darauf folgenden Gesprächen zur Beendigung des Kriegs unterstützt. Am 21. November 2006 wurde ein umfassendes nationales Friedensabkommen unterzeichnet (siehe auch Seiten 44–46).

Aceh/Indonesien: In der Region Aceh hatte die «Bewegung für ein freies Aceh» (GAM) seit fast 30 Jahren einen bewaffneten Kampf um die Unabhängigkeit von Indonesien geführt.



Entwaffnung der Kämpfer in Aceh.

Im Gefolge der Tsunami-Katastrophe vom Dezember 2004 begann der ehemalige finnische Präsident Martti Ahtisaari mit der indonesischen Regierung und der GAM über ein Ende des bewaffneten Kampfes zu verhandeln. Im Einverständnis mit beiden Parteien gelangte Ahtisaari an die Schweiz, einen Verfassungsexperten zu delegieren. GAM-Vertreter hatten bisher nur ein zentralistisches Organisationsmodell des Staates gekannt. Der Schweizer Spezialist konnte das Konzept lokaler Autonomie darlegen und auf mögliche Nuancen hinweisen. Die schweizerische Expertise trug wesentlich dazu bei, dass es am 15. August 2005 zur Unterzeichnung eines Friedensabkommens zwischen den Konfliktparteien kam.

Der Schweizer Spezialist konnte das Konzept lokaler Autonomie darlegen und auf mögliche Nuancen hinweisen. Die schweizerische Expertise trug wesentlich dazu bei, dass es am 15. August 2005 zur Unterzeichnung eines Friedensabkommens zwischen den Konfliktparteien kam.

Guatemala: In Guatemala hat die Schweiz über mehrere Jahre hinweg Prozesse zur Aufarbeitung der Bürgerkriegs-Vergangenheit unterstützt und damit zur Absicherung des Friedensprozesses beigetragen.

Kolumbien: Nicht alle Vermittlungsbemühungen führen zu einem raschen Erfolg. Seit mehreren Jahren unterstützt die Schweiz konkrete Mechanismen für Verhandlungen der kolumbianischen Regierung mit den Rebellengruppen der FARC und der ELN und zur Demobilisierung der Paramilitärs. In keinem dieser Prozesse ist bisher der Durchbruch gelungen. Dass die Schweiz als einziger Drittstaat an allen drei Friedensprozessen beteiligt ist, zeigt aber, dass sie allseitiges Vertrauen genießt.

Sollte die Schweiz nicht viel mehr für den Frieden tun?

Mitreden: siehe Beiblatt am Anfang der Broschüre.

Sagen Sie ihre Meinung:
www.eda.admin.ch

Die Schweiz und die internationalen Organisationen

Genf international

Blaise Godet ist Chef der UNO-Mission in Genf. Ein Tag im hektischen Alltag des Schweizer Diplomaten symbolisiert die Rolle der internationalen Schweiz als diskrete und dynamische Gastgeberin, täglich bestrebt, der UNO und den anderen internationalen Organisationen in Genf optimales Arbeiten zu ermöglichen.



Er ist immer in Bewegung, stillsitzen kann er nicht. Gut so, denn als Chef der Schweizer Mission bei der UNO in Genf muss Botschafter Blaise Godet hektische Arbeitstage wegstecken. Genf ist der europäische Hauptsitz der UNO und hier finden zwei Drittel der weltweiten Aktivitäten der Vereinten Nationen statt.

Die Schweiz als Gast- und sogenannter Sitzstaat ist mit ihrer Genfer Mission einer der wichtigsten Ansprechpartner der UNO-Organisationen. Und Blaise Godet eingefragter Mann – jede ausländische Vertretung, jede Organisation, jede UNO-Abteilung will oder möchte für ihre Aktivitäten immer einen Schweizer dabei haben. Die Schweiz muss, wie es sich für einen guten Gastgeber gehört, mehr leisten, als andere «Hier in Genf ist die Schweiz gross und wichtig», meint Godet mit einem Lachen.

08.27

Um 08.27 schnappt er sich einen Packen Dossiers vom Tisch und nimmt im Laufschrift die Treppen zum Konferenzraum der Mission im 4. Stock. Zweimal monatlich treffen sich sämtliche Ressortschefs. In Genf finden täglich unzählige Veranstaltungen, Treffen und Konferenzen statt. Das UNO-System beruht darauf, dass Menschen miteinander sprechen, ihre Positionen darlegen, für eigene Überzeugungen kämpfen, einen Konsens suchen und schliesslich einen Kompromiss verabschieden. Godet: «Eigentlich funktioniert die UNO wie die Schweiz, nicht wahr?»

08.36: Botschafter Jürg Streuli, Chef der Division «Multilaterales», informiert über die Konvention über das Verbot von biologischen Waffen, ein Teilgebiet der seit 1979 in Genf beheimateten Abrüstungskonferenz. Aktuelle Themen sind Bio-Terrorismus und ein mögliches Warnsystem. Die Schweiz strebt das Präsidium einer Arbeitsgruppe der Abrüstungskonferenz an – geplant sind informelle Treffen, um das Präsidium zu erhalten. «Wir wollen unsere Anliegen kraftvoll einbringen», begründet der Botschafter.

09.57

09.57 wartet der Wagen, Godet muss ins Palais des Nations an die Sitzung des Menschenrechtsrates (siehe Seite 36). Er wird am Tag danach die Sitzung leiten.

10.34

10.34 Godet lässt sich per Handy über die Aids-Konferenz der Weltgesundheitsorganisation in Osaka, Japan informieren. Die Schweiz bildet für dieses Thema eine Ländergruppe mit fünf nordischen Ländern.

11.03

11.03 Diskussion mit Minister Jean-Daniel Vigny, dem Menschenrechtspezialisten der Mission. Es geht Schlag auf Schlag, Godet wird 12.30 von einer Journalistin erwartet, die ein Interview zur Schweizer Position im Menschenrechtsrat will.

13.15

Auf dem Gang trifft er 13.15 einen französischen Kollegen. Die Schweiz möchte das Präsidium der Finanzkommission des CERN,

Fortsetzung nächste Seite

Fortsetzung von Seite 35

der europäischen Organisation für die Kernforschung. Die Franzosen spielen eine wichtige Rolle, so dass Godet schon mal bei ihnen lobbyiert. Bei der Rückkehr in den Plenarsaal wird er zu einer Stellungnahme zum Abkommen zur Verminderung des Handels von Kleinwaffen gebeten.

14.30

Schon wieder steht der Wagen bereit. Godet hat 14.30 ein Treffen mit Pierre Gilliot, Direktor der Immobilienstiftung für internationale Organisationen FIPOI. Die Stiftung wird von Bund und Kanton Genf getragen und hat zum Ziel, die Ansiedlung von internationalen Organisationen in Genf zu fördern. «Die Konkurrenz ist hart, sehr hart», sagt Gilliot.

15.32 Zurück in die Mission, Telefonate, Papiere bearbeiten, Update zum Tagesgeschehen. 16.48 wird Godet gebeten, Kontakt mit Schweizer Unternehmen herzustellen, um Partner für ein Projekt des Global Funds gegen Malaria zu finden. Er vernimmt, dass eine Gruppe von Mitarbeitern des amerikanischen Senats einen Besuch im internationalen Genf abgeschlossen hat und sehr beeindruckt gewesen ist. Die Schweizer Mission hat sie als Gastgeber betreut.

18.04

18.04 wartet schon wieder der Wagen – der japanische Botschafter lädt zum Empfang zu Ehren des Geburtstags des Kaisers. Godet eilt davon.

«Recht und Gerechtigkeit bilden den Kern der UNO-Aktivitäten. Die Schweiz beteiligt sich ganz konkret an der Durchsetzung dieser Grundsätze. Ihre Arbeit wird geschätzt.»

Nicolas Michel, Untergeneralsekretär für Rechtsangelegenheiten und Rechtsberater der UNO

«Die Schweiz setzt sich weltweit dafür ein, dass Recht vor Macht kommt. Und sie ist auch bereit, heikle Aufgaben wahrzunehmen, um diesem wichtigen Prinzip Nachachtung zu verschaffen.»

Carla del Ponte, Chefanklägerin am internationalen Strafgerichtshof für das ehemalige Jugoslawien

«Wir sind Teil der Weltgemeinschaft. Seit dem UNO-Beitritt sind wir auch Teilhaber. Als Teilhaber arbeiten wir konstruktiv mit. Dies in unserem Interesse und im Interesse einer besseren Welt.»

Adolf Ogi, UNO-Sonderberater für Sport im Dienste von Entwicklung und Frieden



Die Schweiz und die internationalen Organisationen

8500 UNO-Angestellte

Die UNO und ihr damaliger Generalsekretär Kofi Annan erhielten 2001 den Friedensnobelpreis, für «eine friedlichere Welt». Die 192 Mitgliedstaaten der Vereinten Nationen setzen in ihrer Charta auf Verhandlungen, Gespräche und komplizierte Schlichtungsverfahren – das Gegenteil von spektakulären Aktionen.

Genf ist sich genau diese Art Diplomatie gewohnt: Jährlich finden rund 2500 Konferenzen mit 130 000 Teilnehmern statt und rund 3000 Minister oder Staatschefs fliegen für hochrangige Treffen ein. Mit 8500 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern hat der UNO-Sitz in Genf mehr Angestellte als der Hauptsitz in New York. Insgesamt arbeiten 16 000 Menschen für die internationalen Organisationen in der Calvin-Stadt. Die UNO Genf hat ein Budget von 8 Mia. Franken, 5 Mia. Franken werden

in der Schweiz ausgegeben, die Schweiz selber steuert 237 Millionen Franken an die UNO und ihre Organisationen in Genf bei. In der UNO gibt es sechs Amtssprachen: Arabisch, Chinesisch, Englisch, Französisch, Russisch und Spanisch. Englisch und Französisch sind Arbeitssprachen.

Genf wird auch Stadt des Friedens, der Menschenrechte und der humanitären Tradition genannt. Grund dafür: Die wichtigsten Institutionen dieser Bereiche haben hier ihren Sitz: das UNO-Hochkommissariat für Menschenrechte, der Menschenrechtsrat, das UNO-Hochkommissariat für Flüchtlinge, die Abrüstungskonferenz, und ausserhalb der UNO die Genfer Zentren und das Internationale Komitee vom Roten Kreuz (IKRK). Auch in den Bereichen Gesundheit, Umwelt sowie Handel, Wirtschaft und Wissenschaft ist Genf ein Kompetenzzentrum. Die Schweiz, der Kanton und die Stadt Genf betreiben eine aktive Sitzstaatpolitik. Auch Bern und Basel beherbergen internationale Organisationen.

«Seit ihrem Beitritt ist die Schweiz vollumfänglich am politischen Entscheidprozess beteiligt; sie hat das Bild des Sonderlings abgestreift und sich als Brückenbauerin zwischen Interessensgruppen und Regionen profiliert. Sie ist ein respektvolles und respektiertes Mitglied der internationalen Gemeinschaft.»

Peter Maurer, Chef der Schweizer UNO-Mission in New York

«Noch als junges UNO-Mitglied hat die Schweiz bereits viel geleistet. Sie war massgeblich an der Schaffung des UNO-Menschenrechtsrates beteiligt, hat dieses wichtige Gremium nach Genf geholt, wurde mit hoher Stimmzahl in den Rat gewählt und bekleidet heute das Vizepräsidium – eine unglaubliche Leistung.»

Jean Ziegler, UN-Sonderberichterstatter für das Recht auf Nahrung



Internationale Organisationen

Facts & Figures

Der UNO-Menschenrechtsrat

«Alle Menschen sind frei und gleich an Würde und Rechten geboren. Sie sind mit Vernunft und Gewissen begabt und sollen einander im Geist der Geschwisterlichkeit begegnen.» Dieser erste Artikel der «Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte» ist die Basis nicht nur der UNO-Politik – sondern auch der schweizerischen Menschenrechtspolitik. Die Menschenrechte sind nicht eine theoretische Grösse, sondern geben beispielsweise in Europa jedem und jeder die Möglichkeit, die Grundrechte notfalls vor Gericht durchzusetzen.

Die Menschenrechte sind nur durchsetzbar, wenn sich jeder Staat dazu verpflichtet, sie auch anzuwenden. Aus diesem Grund gibt es das UNO-Hochkommissariat für Menschenrechte und den UNO-Menschenrechtsrat. Der Rat wurde am 15. März 2006 in Genf ins Leben gerufen und hat die ineffiziente und verpolitisierte Menschenrechtskommission abgelöst. Er tagt mindestens zehn Wochen pro Jahr in Genf, kann jederzeit schwere Verletzungen behandeln und Sondertagungen abhalten.

Die politische Blockbildung ist im neuen Rat noch nicht überwunden, aber es werden Verfahren gesucht, um möglichst effizient handeln zu können. Die Schweiz wird dabei als Mittlerin sehr geschätzt. Sie hat auch einen grossen Anteil an der Gründung des neuen Menschenrechtsrates: Seit sie UNO-Mitglied ist, hat sie Vorschläge, Gutachten, Expertenwissen eingebracht und viel Überzeugungsarbeit geleistet. Nun ist sie eines der 47 Mitglieder des Rates. Sie hat eine hohe Glaubwürdigkeit, weil sie, im Gegensatz zu Grossmächten, keine «versteckte Agenda» hat sondern mit offenen Karten spielt. In der auf Menschen-

rechte spezialisierten Presse und auch bei den Mitgliedern des Rates wird der Schweiz für ihr unparteiisches Vorgehen und den Mut, auch heikle Themen anzugehen, Respekt gezollt.

UNO

Die UNO wurde 1945 gegründet. Unter dem Eindruck der zwei Weltkriege war sich die Völkergemeinschaft einig, dass Recht vor Macht stehen muss und dass Verhandlungen Kriege verhindern sollen. Die UNO setzt auch auf die moralische Kraft, die von ihren Entscheidungen ausgehen. Viele Probleme können heute nur noch weltweit gelöst werden (Klimawandel, Armut usw.) und die UNO ist die einzige Institution, wo globale Lösungen gefunden werden können. Das wichtigste Organ der UNO ist die Generalversammlung, wo das Prinzip «ein Land, eine Stimme» gilt. Kleine Länder haben so gleichviel Gewicht, wie mächtige Staaten. Der Sicherheitsrat, zuständig unter anderem für Sanktionen und Friedenseinsätze, besteht aus den fünf Siegermächten des 2. Weltkrieges und weiteren Staaten, die abwechselnd Einsitz nehmen können. Der Generalsekretär vertritt die UNO gegen aussen.

Schweiz und UNO

«Die Schweiz spielt eine wichtigere Rolle, als es ihre Grösse vermuten lässt.» Diese Bilanz zog der damalige UNO-Generalsekretär Kofi Annan 2006, vier Jahre nach dem Beitritt der Schweiz zur UNO. «Sie ist dazu verurteilt, aktiv zu sein. Da sie keinem Block und keiner Union angehört, muss sie selber die Initiative ergreifen», sagt Jean-François Paroz, Chef der UNO-Koordination im EDA. Die Schweiz ist als engagiertes und effizientes Mitglied geachtet und erhält Lob für ihre kompetente Grundlagenarbeit zu Beginn von Prozessen. Sie verliert aber an Gewicht, wenn es um Entscheidungen geht: dann spielt oft die Koalition der Grossen und Mächtigen. «Umso wichtiger ist es, selber Allianzen zu suchen», so Paroz. Die Schweiz kämpft beispielsweise gegen Blutdiamanten und engagiert sich in der Umweltpolitik als Mittlerin zwischen Nord und Süd.

2005 bezahlte die Schweiz insgesamt 650 Millionen Franken an die UNO und ihre Unterorganisationen (in diesen hatte die Schweiz seit jeher mitgemacht). Sie gehört damit zu den 15 grössten Beitragszahlern. Als Mitglied hat sie auch ein bestimmtes Kontingent an Arbeitsplätzen zur Verfügung, das noch nicht ausgeschöpft ist. Schweizerinnen und Schweizer bekleiden auch Führungsfunktionen. Um UNO-Themen kümmern sich u.a. die Schweizer Missionen in Genf, New York und Wien und die UNO-Koordination der Politischen Abteilung III des EDA in Bern. Die UNO-Koordination hat zur Aufgabe, dass alle interessierten Stellen konsultiert werden und dass die Schweizer Delegationen bei der UNO rechtzeitig konsolidierte Positionen und Instruktionen erhalten.

Erste Sitzung des neu geschaffenen Menschenrechtsrats im Palais des Nations in Genf am 19. Juni 2006.



UNO-Reform

Die Schweiz ist eine der treibenden Kräfte für die UNO-Reformen – nicht nur im Bereich Menschenrechtsrat, auch bei der Reform des Sicherheitsrates, des Generalsekretariates und des finanziellen Controllings. Die Reformen sind nötig, um die Effizienz und die Glaubwürdigkeit der UNO zu stärken. Einerseits geht es darum, dass die UNO ihre Geldmittel sachgerecht und nutzbringend einsetzt und dass künftige Affären, wie beim irakischen Programm «Öl für Lebensmittel», verhindert werden können. Die Schweiz hat dabei insofern Erfahrung einzubringen, als verschiedene UNO-Organisationen in Genf ihre Bücher von der Eidgenössischen Finanzkontrolle (sie überwacht die Rechnungslegung des Bundes) prüfen lassen. Auch der Sicherheitsrat soll neu gestaltet werden, u.a. sollen seine Entscheide transparenter und das Vetorecht bei Verbrechen gegen die Menschlichkeit abgeschafft werden. Die Schweiz hat mit anderen Ländern auch den Vorschlag eingebracht, dass Personen, die ihrer Meinung nach zu Unrecht auf Sanktionslisten stehen, ihre Rechte besser wahrnehmen können.

Einige internationale Organisationen mit Hauptsitz Genf:

- Das **UNO-Hochkommissariat für Menschenrechte UNHCHR** (United Nations High Commissioner for Human Rights) macht dringende Aufrufe und hat unabhängige Experten für Kontrollaufgaben. Die Mitgliedstaaten verpflichten sich, regelmässige Menschenrechtskontrollen zuzulassen.
- Das **UNO-Hochkommissariat für Flüchtlinge UNHCR** (United Nations High Commissioner for Refugees) ist eine der wichtigsten humanitären Organisationen überhaupt. Sie überwacht weltweit die Einhaltung der Flüchtlingskonvention und gibt Empfehlungen ab.
- Die **Weltgesundheitsorganisation WHO** (World Health Organization) kümmert sich um weltweite und lokale Gesundheitsprobleme und deren Prophylaxe. Die Unterorganisation UN-AIDS hilft den ärmeren Ländern, die Krankheit Aids einzudämmen und nötige Medikamente zu bekommen.
- Die **Internationale Arbeitsorganisation ILO** (International Labour Organization) verbreitet und hilft bei der Realisierung von grundlegenden Prinzipien und Rechten im Arbeitsmarkt.
- Die **Internationale Fernmeldeunion ITU** (International Telecommunication Union) verteilt Frequenzen. Nur dank internationaler Absprachen kann weltweit telefoniert werden.
- Die **Weltorganisation für geistiges Eigentum WIPO** (World Intellectual Property Organization) entwickelt Regeln im Bereich Patente und sucht den Ausgleich zwischen den verschiedenen Interessen, beispielsweise dass patentgeschützte Medikamente auch in armen Ländern zur Verfügung stehen.
- Die **Weltorganisation für Meteorologie WMO** (World Meteorological Organization) liefert weltweite Daten über Klima, Hydrologie und Geologie.
- Die **Welthandelsorganisation WTO** (World Trade Organization) bildet den institutionellen Rahmen des multilateralen Handelssystems. Sie regelt als einzige internationale Organisation die Handelsbeziehungen der Staaten auf globaler Ebene.

Die Schweiz als Sitzstaat

Die Immobilienstiftung für die internationalen Organisationen FIPOI (Fondation des Immeubles pour les Organisations Internationales) baut und verwaltet Büro- und Konferenzgebäude und stellt diese internationalen Organisationen – und in Ausnahmefällen auch Nicht-Regierungsorganisationen – zur Verfügung. Die Stiftung hilft bei Finanzierung und Planung von Bauprojekten. Die Finanzierung erfolgt über zinslose Darlehen vom Bund, die Grundstücke werden von Stadt und Kanton Genf, in Ausnahmefällen auch vom Kanton Waadt unentgeltlich im Baurecht abgegeben. Das Geld für die Darlehen wird der FIPOI vom Parlament zur Verfügung gestellt.

Die Millenniumsentwicklungsziele der UNO

Über eine Milliarde Menschen müssen mit weniger als einem Dollar pro Tag leben. Mit der Verabschiedung der Millenniumserklärung und den Millenniumszielen im Jahr 2000 haben sich die Mitgliedstaaten der Vereinten Nationen zum Ziel gesetzt, die extreme Armut auf der Welt bis zum Jahr 2015 um die Hälfte zu reduzieren. Auch die Schweiz liefert ihren Beitrag zur Erreichung dieser Ziele, zumal das vorrangige Ziel der schweizerischen Entwicklungshilfe die Armutsbekämpfung ist. Die Millenniumserklärung verpflichtet die reichen wie die armen Länder, alles daran zu setzen, um die Armut zu beseitigen, die menschliche Würde und die Gleichberechtigung zu fördern und Frieden, Demokratie und ökologische Nachhaltigkeit zu verwirklichen. Von der Millenniumserklärung sind acht Hauptziele, die sogenannten Millennium Development Goals (MDGs) abgeleitet worden. Mit messbaren Zielen sind alle Länder und internationalen Organisationen zum Handeln verpflichtet. Die Ziele: 1. Beseitigung der extremen Armut und des Hungers; 2. Grundschulbildung für alle; 3. Förderung der Gleichstellung der Geschlechter und Ermächtigung der Frau; 4. Senkung der Kindersterblichkeit; 5. Verbesserung der Gesundheit von Müttern; 6. Bekämpfung von HIV/Aids, Malaria und anderen Krankheiten; 7. Sicherung der ökologischen Nachhaltigkeit; 8. Aufbau einer weltweiten Partnerschaft für Entwicklung.

Hat die Schweiz mit dem UNO-Beitritt an Ansehen gewonnen?

Mitreden: siehe Beiblatt am Anfang der Broschüre.

Sagen Sie ihre Meinung:
www.eda.admin.ch



Die Europapolitik der Schweiz

Gebündelte Interessen

Das Bild zeigt die Originale aller bilateralen Verträge, die die Schweiz und die Europäische Union abgeschlossen haben. Zuoberst liegen die Verträge über die Polizei-, Justiz- und Asylabkommen Schengen/Dublin.

Es gibt EU-Befürworter, es gibt EU-Gegner. Und es gibt diejenigen, die sich einfach mit der EU auseinandersetzen müssen. Das tun sie sachlich und emotionslos.

Zu dieser Sorte gehört Michael Ambühl, Staatssekretär und damit Nummer 2 des EDA. Er studierte angewandte Mathematik und Betriebswissenschaft und geht die Dinge analytisch an. Er sagt: «Die Schweiz hat – ausser Liechtenstein – keinen andern Nachbarn als die EU. Also ist das Verhältnis zur EU wichtig.» Ambühls oberstes Ziel ist, die Interessen der Schweiz zu wahren. Mal ist es für die Schweiz besser, einen eigenen Weg zu gehen, mal ist es besser, sich mit der EU abzusprechen. Kurz: Die Gleichung Schweiz–EU muss aufgehen. «Es muss von Fall zu Fall entschieden werden. Grundlage für den Entscheid muss immer sein, was nach sachlichen Kriterien besser ist und nach logischen Kriterien gutgeheissen werden muss.» Auf Logik stützt sich das ganze Denken des Mathematikers. So hat er es auch geschafft, die schweizerische Aussenpolitik im Pin-Code 25352* fassbar und begreifbar zu machen. Ambühl glaubt an die Kraft der Logik und der Vernunft.

Das Thema EU steht ihm nahe: Ambühl war Botschaftsrat bei der Schweizer EU-Mission in Brüssel und später Leiter des Integrationsbüros. In dieser Funktion hat er die Bilateralen Verträge II verhandelt und zu einem erfolgreichen Abschluss gebracht. Während den Verhandlungen war seine ruhige, überlegte und hartnäckige Art Gold wert. Das anerkannten sogar die härtesten EU-Gegner. Ambühl sagt, dass man mit der Spieltheorie herausfinden kön-

ne, welches die beste Strategie sei. Spielchen spielen kann man mit ihm hingegen nicht. «Als kleines Land hat man nur die Kraft der guten Argumente. Deshalb muss die Verhandlungsführung kohärent und überzeugend sein.» Da eine Verhandlung aber nur gelingen kann, wenn man auch Spielraum hat, braucht es die sich auf den ersten Blick widersprechenden Eigenschaften Flexibilität und Härte. Oft merke man erst während der Gespräche, wo den Partner der Schuh drücke. «Deshalb muss zum Voraus festgelegt sein, wo man allenfalls nachgeben kann und wo man unter allen Umständen hart bleibt», erklärt Ambühl. Wie man das dann ausgestaltet, hängt von der Kreativität und der Fantasie der Verhandler ab. Klar sei er vor wichtigen Verhandlungen nervös, gesteht Ambühl und lässt sich ein bisschen in die Karten schauen. Vor der Verhandlung würden folgende Punkte besprochen: Das Gesamtziel, das Minimalziel der einzelnen Verhandlungsrunden,

Fortsetzung nächste Seite



Staatssekretär Michael Ambühl und sein PIN-Code (25352) der Aussenpolitik: Der Pin-Code: 2 steht für die Interessen: materiell und ideell; 5 steht für die Ziele, die in der Bundesverfassung, Artikel 54, festgelegt sind: Unabhängigkeit und Wohlstand, Armutsbekämpfung, Menschenrechte und Demokratie, Friedenspolitik, Umwelt; 3 steht für die Grundsätze: Universalität, Rechtsstaatlichkeit, Neutralität; 5 steht für die Aktionsfelder: Europa, bilaterale Länderbeziehungen, Multilaterales, Friedenspolitik, Entwicklungspolitik; 2 steht für die Umsetzung: kohärent und koordiniert.

Fortsetzung von Seite 41

das Vorgehen und das Vorausdenken mehrerer Züge. Und: «Nie während der Verhandlung Negatives auf sich sitzen lassen.»

Ziel eines Unterhändlers ist es nicht, sich beliebt zu machen, sondern die Vorgaben einzuhalten. Respekt hat sich Ambühl allemal verschafft, die EU-Seite attestierte ihm, es «sehr clever» gemacht zu haben. Das Ziel von Verhandlungen ist nach seiner Sicht immer dasselbe: «Am Schluss müssen beide Seiten besser dastehen, als wenn sie nicht miteinander verhandelt hätten.»

Ambühl mag den Verhandlungspartnern gegenüber nüchtern erscheinen. Temperament und Engagement zeigt er in seinem direkten Umfeld. Er kann Menschen begeistern und einnehmen. Und er weiss: «Kein einziges Land ist mit der EU so verflochten wie die Schweiz. Von allen aussenpolitischen Faktoren, die der

Schweiz Stabilität und Wohlstand bringen, ist Europa der wichtigste. Die EU liefert die Voraussetzungen für unseren Frieden und Wohlstand.» Ambühl ist es sich gewohnt, von seinen EU-Kollegen zu hören, die Schweiz sei eine Rosinenpickerin. «Das zeigt, dass wir hart verhandeln. Wir profitieren von der EU, aber wir leisten auch unseren Beitrag. Nicht nur mit Geld, sondern auch, weil wir dieselben Werte mittragen.» Und: Verhandlungen mit der EU sind nie zu Ende: Dauernd gibt es neue Bereiche, die geklärt und abgesprochen werden müssen. Am besten nach sachlichen Kriterien. Dieser Pragmatismus steht der schweizerischen Europapolitik, wo sich Befürworter und Gegner nicht annähern, gut an. Er selber passt in keines der Lager. Er schaut jede Situation genau an und entscheidet aufgrund der Fakten.

«Der bilaterale Weg ermöglicht der Schweiz eine Politik der Offenheit und Zusammenarbeit mit ihren europäischen Nachbarn. In sektoriellen Abkommen werden mit der EU Lösungen für konkrete Fragen in klar umgrenzten Bereichen gefunden – bis heute mit grossem Erfolg für beide Parteien.»

Urs Bucher, Chef des Integrationsbüros EDA/EVD

«Weil wir als Bio-Bauern in der Schweiz keinen geeigneten Hof fanden, wanderten wir nach Frankreich aus. Noch vor wenigen Jahren wäre es viel umständlicher gewesen, sich in Europa niederzulassen. Noch weniger Papierkram gäbe es für uns, wenn die Schweiz Mitglied der EU wäre.»

Stephanie Baumann, ehemalige Nationalrätin

«Die Europäische Union ist eine neue geschichtliche Erfahrung für die Schweiz – sie ist nur von Freunden umgeben, die ihre wichtigsten politischen und wirtschaftlichen Partner sind, gemeinsame Wertvorstellungen teilen und ein Friedensprojekt verfolgen. Das Tor zur Mitarbeit ist weit offen!»

Michael Reiterer, Botschafter
Delegation der Europäischen Kommission
in der Schweiz



Die Schweiz und die Europäische Union

Wichtige Partner

Die Schweiz ist nicht Mitglied der Europäischen Union. Sie steht aber keineswegs abseits vom europäischen Integrationsprozess. Neue Regelungen in der EU haben immer auch Auswirkungen auf die Schweiz – Europapolitik ist Tagesgeschäft.

Insgesamt gibt es zwischen der Schweiz und der EU über 100 Verträge und Abkommen. Davon sind rund 20 von grosser Bedeutung, wie beispielsweise das Landverkehrsabkommen oder die Personenfreizügigkeit. Die restlichen Verträge betreffen oft nur ganz spezifische Bereiche, die aber – sind sie nicht geregelt – für einzelne Wirtschaftssegmente schädlich sind. Die Schweiz ist eines der bestintegrierten Länder, nicht weil sie sich einfach anpasst, sondern weil die engen Kontakte für beide Seiten vital sind. So gibt es beispielsweise in der Schweiz zu jeder politischen Vorlage ein «Europakapitel»: Darin wird festgehalten, ob das schweizerische Gesetz EU-kompatibel ist oder nicht. In Wirtschaftsfragen versuchen beide Seiten nach Möglichkeit, Barrieren abzubauen. Denn: Die EU ist der wichtigste Handelspartner der Schweiz und die Schweiz gehört neben den USA, China und Russland zu den vier wichtigsten

Handelspartnern der EU! Das heisst konkret: Rund jeder dritte Franken wird in unseren Handelsbeziehungen mit der EU verdient.

Im politischen Bereich geht die Schweiz ihren eigenen Weg und hat deshalb auch eine von der EU unabhängige Aussenpolitik. Die Schweiz verfolgt ihre Interessen durch bilaterale Verhandlungen und den Abschluss spezifischer Abkommen in konkreten Bereichen. Wie der neuste Europabericht des Bundesrates betont: An erster Stelle stehen die Interessen der Schweiz. Bis anhin konnten diese mit bilateralen Verträgen gewahrt werden. Erst wenn das nicht mehr möglich ist, sollen Alternativen ins Spiel kommen. Deshalb hält sich der Bundesrat auf diesem pragmatischen Weg alle Optionen (bis und mit einem EU-Beitritt) offen.

Die Europapolitik wird vom Integrationsbüro koordiniert, es ist dem EDA und dem Volkswirtschaftsdepartement (EVD) unterstellt. Das Integrationsbüro EDA/EVD wurde vom Bundesrat 1961 ins Leben gerufen. Es verfolgt die wirtschaftlichen und politischen Aspekte des europäischen Integrationsprozesses, hält zusammen mit der Schweizer Mission in Brüssel den Kontakt zur EU aufrecht und koordiniert die Verhandlungen.

«Die Schweizer Bürgerinnen und Bürger haben in den Abstimmungen der letzten zwei Jahre mehrfach gezeigt, dass sich die Schweiz als solidarische und verantwortungsvolle Partnerin der Europäischen Union versteht.»
Bernhard Marfurt, Chef der Schweizer Mission bei der EU

«Nur 10 Tage, nachdem mir die Ausbildung für Thoraxchirurgie am Berner Inselspital zugesagt wurde, erhielt ich die notwendigen Behördenpapiere und Bewilligungen. Das hat mich schon sehr positiv überrascht.»
Beatrix Hokschi, Ärztin und deutsche Staatsbürgerin



Die Schweiz und die EU

Facts & Figures

Die Europäische Union

Seit dem 1. Januar 2007 umfasst die Union 27 Mitgliedsländer, in denen rund 500 Millionen Menschen leben. In der EU gelten die vier Freiheiten des Personenverkehrs, Warenverkehrs, Dienstleistungsverkehrs und Kapitalverkehrs. Zudem hat die EU eine gemeinsame Aussen- und Sicherheitspolitik und eine justizielle und polizeiliche Zusammenarbeit in Strafsachen. Der EU gehören an: Belgien, Bulgarien, Dänemark, Deutschland, Estland, Finnland, Frankreich, Griechenland, Irland, Italien, Lettland, Litauen, Luxemburg, Malta, Niederlande, Polen, Österreich, Portugal, Rumänien, Schweden, Slowakei, Slowenien, Spanien, Tschechische Republik, Ungarn, Grossbritannien und Zypern.

Enge Beziehungen

Über drei Fünftel der Schweizer Exporte gehen in den EU-Raum und fast vier Fünftel der Importe kommen von dort in die Schweiz. Mit dem Abkommen über die Personenfreizügigkeit wurde die Möglichkeit geschaffen, dass sich Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer mit einem Arbeitsvertrag, Selbständigerwerbende und Nichterwerbstätige mit ausreichenden finanziellen Mitteln in der Schweiz oder der EU niederlassen können. In der Schweiz wohnen 890 000 EU-Bürgerinnen und -Bürger. Umgekehrt haben 380 000 Schweizerinnen und Schweizer in der EU ihren Wohnsitz. Täglich kommen 180 000 Grenzgänger in die Schweiz zur Arbeit. Insgesamt wird die Schweizer Grenze pro Tag von 700 000 Personen passiert.

EWR

1992 hat die Schweizer Bevölkerung den Beitritt zum Europäischen Wirtschaftsraum EWR abgelehnt. Der EWR besteht aus den 27 EU-Ländern und den EFTA-Mitgliedern Island, Liechtenstein und Norwegen. Im EWR können Güter, Dienstleistungen, Kapital und Personen frei zirkulieren. Der EWR ersetzte die Freihandelsabkommen, welche die frühere EU mit den EFTA-Staaten abgeschlossen hatte.

EFTA

Die EFTA ist die Europäische Freihandelsassoziation und wurde 1960 als eine Gegenbewegung zur damals neu gegründeten Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft ins Leben gerufen. Während die damalige EWG eine enge Zusammenarbeit auch auf politischer Ebene anstrebte, wollte die EFTA lediglich den freien Handel regeln. Die EFTA besteht heute aus Island, Liechtenstein, Norwegen und der Schweiz.

Bilaterale Verträge I und II

2002 traten nach einer erfolgreichen Volksabstimmung die Bilateralen Verträge I in Kraft. Sie vertieften nach dem EWR-Nein 1992 die wirtschaftlichen Beziehungen mit der EU. Sie umfas-

sen die Bereiche Personenverkehr, Landverkehr, Luftverkehr, technische Handelshemmnisse, öffentliches Beschaffungswesen, Forschung und Landwirtschaft. Die Bilateralen II regeln unter anderem die Bereiche justizielle und polizeiliche Zusammenarbeit sowie Asyl (Schengen/Dublin) oder die Zinsbesteuerung von EU-Steuerpflichtigen. Die Bilateralen II waren nur im Dossier Schengen/Dublin, das auch den Grenzverkehr zwischen der Schweiz und der EU erleichtert, umstritten. In der Abstimmung von 2005 sagten die Stimmberechtigten aber klar ja dazu.

Erweiterungsbeitrag

Die EU verfügt über diverse Fonds, die ärmeren Ländern Ausgleichszahlungen geben (vergleichbar mit dem schweizerischen Finanzausgleich zwischen den Kantonen). Diese Solidarität zwischen «reichen» und «armen» EU-Staaten war von Beginn weg ein wichtiges Anliegen der Union. Dadurch haben sich beispielsweise Spanien, Portugal und Irland in schnellem Tempo zu prosperierenden Staaten entwickelt. Heute werden vor allem neue EU-Länder aus Osteuropa unterstützt. Die Schweiz hat 2006, durch eine Volksabstimmung, die Rechtslage dafür geschaffen, dass auch sie diese neuen EU-Staaten unterstützen kann. Dieser solidarische Beitrag wird von der Schweiz direkt in Projekte investiert und landet nicht im Kohäsionsfonds der EU.

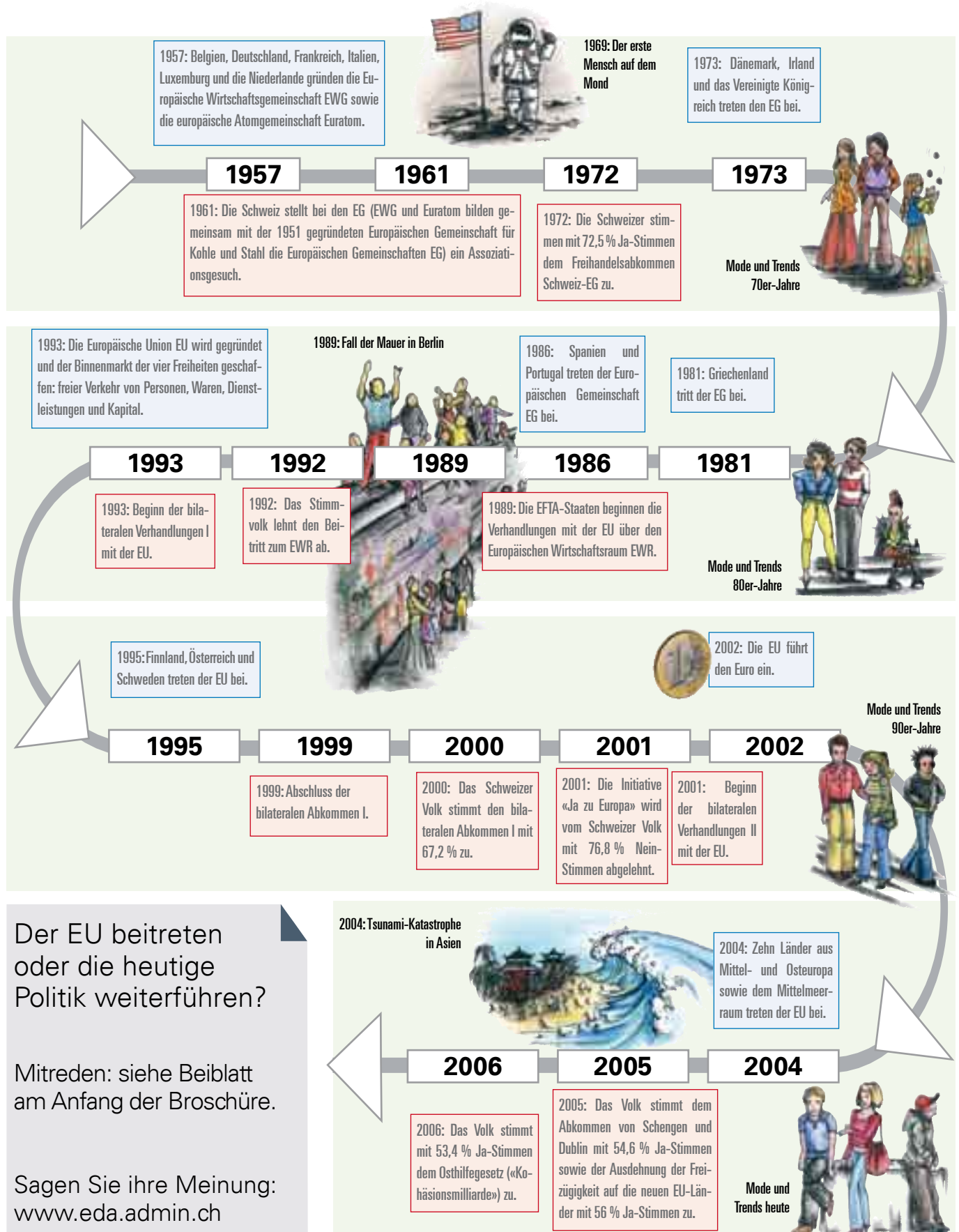
Neue Verhandlungen

Neben der laufenden Umsetzung und Weiterführung der bestehenden Verträge finden auch zwischen der Schweiz und der EU Gespräche in Bereichen statt, in denen beide Seiten Interessen haben – wie beispielsweise beim Stromhandel.

EU-Beitritt?

In der Frage eines EU-Beitrittes ist die Schweizer Bevölkerung gespalten. Einerseits könnte die Schweiz als Mitglied die EU-Politik mitbestimmen. Andererseits wären bei einem Beitritt die EU-Entscheide für die Schweiz verpflichtend. Für den Bundesrat ist klar, dass er auf dem bilateralen Verhandlungsweg bleiben will, solange die Interessen der Schweiz so gewahrt werden können.

Die Europäische Union und die Schweiz: geschichtliche Berührungspunkte



Der EU beitreten
oder die heutige
Politik weiterführen?

Mitreden: siehe Beiblatt
am Anfang der Broschüre.

Sagen Sie ihre Meinung:
www.eda.admin.ch

Die Entwicklungszusammenarbeit

Brücken zur Demokratie

In Nepal ist die Schweiz ein Begriff: Über 3000 Hängebrücken wurden in den letzten Jahrzehnten mit Schweizer Hilfe gebaut – sie sind die Lebensadern des Landes im Himalaja-Gebirge. Jedes Projekt wird mit der Forderung nach Demokratie und Gleichberechtigung verbunden. Dadurch ist die Schweiz auch ein vertrauenswürdiger Partner im Friedensprozess. Nepal – ein Beispiel für die Entwicklungszusammenarbeit der Schweiz.



Angefangen hat alles vor Jahrzehnten mit Käsern, Berufslehrern und Brückenbauern, die ihr Wissen weitergeben wollten.

Oft reisten sie in Länder, die kulturell zwar wenig, geografisch aber umso mehr Ähnlichkeiten mit der Schweiz hatten. So startete auch die Zusammenarbeit mit dem Königreich Nepal im Himalaja: Ein Land, zerteilt durch unzählige, schwer zugängliche Täler. Rund ein Drittel der Nepalesinnen und Nepalesen leben in grosser Armut, es gibt ein Kastensystem und rund die Hälfte der Bevölkerung kann weder lesen noch schreiben – aber die Schweiz ist vielen ein Begriff. «Man erinnert sich gut an unsere Vorgänger. Dass man, wie etwa in den USA, Schweiz mit Schweden verwechselt, kommt hier nicht vor», sagt Jörg Frieden, Leiter des Koordinationsbüros der Direktion für Entwicklung und Zusammenarbeit, DEZA, in Kathmandu.

Die Arbeit von Frieden, seiner Stellvertreterin Geneviève Federspiel und der rund 15 Mitarbeiter, ist nicht vergleichbar mit der ursprünglichen «technischen Hilfe» der Käser, Berufslehrer und Brückenbauer. «Entwicklungszusammenarbeit hat immer auch eine politische Dimension, hat mit Menschenrechten und Demokratie zu tun», erklärt Geneviève Federspiel. Konkret heisst das: Die Schweiz baut zwar immer noch Brücken, Strassen oder hilft in der Berufsausbildung, aber die Projekte fördern gleichzeitig das politische Verständnis und die sozialen Veränderungen. Beim Strassenbau müssen beispielsweise die Distrikte (ähnlich den Kantonen) und die Gemeinden zusammenarbeiten – so wird ein neue Art der Aufgabenteilung im sehr zentralistisch organisierten Nepal prakti-

ziert. Die Gemeinden müssen danach die Bauptruppe rekrutieren, die von der DEZA über die Gemeinde bezahlt werden. «Dem Bauptrupp müssen die Ärmsten, die Landlosen und 40 Prozent Frauen angehören. Wir kontrollieren das über die Lohnzahlungen», so Frieden. Ähnlich funktioniert es beim Brückenbau oder noch stärker bei Forstprojekten, wo den Gemeindemitgliedern die Verantwortung für die Pflege und Nutzung des Waldes übergeben wird. Und die von der Schweiz unterstützte Berufsbildung fördert benachteiligte junge Menschen, welche vom Schulsystem vernachlässigt werden. Die Ausbildung ist marktnah und konkret.

Das langjährige Engagement der Schweiz in Nepal hat ihr bei der Bevölkerung Vertrauen gebracht. Die mehr als 500 lokalen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der DEZA arbeiten eng mit der ländlichen Bevölkerung zusammen. Nepal wurde jahrelang von Kämpfen zwischen dem Königshaus und den maoistischen Rebellen gebeutelt. 2006 ist durch eine friedliche Revolution ein Friedensprozess in Gang gekommen.

Fortsetzung nächste Seite



Jörg Frieden und Geneviève Federspiel mit einem nepalesischen Projektpartner.

Fortsetzung von Seite 47

Die Schweiz hat trotz der schwierigen Konfliktsituation ihre Arbeit immer weitergeführt. «Durch unsere Entwicklungsarbeit konnten wir Spannungen vermindern und den Dialog zwischen den Menschen fördern», ist Geneviève Federspiel überzeugt. Als vertrauter Gesprächspartner blieb die Schweiz tatsächlich in ständigem Kontakt sowohl mit der Regierung als auch mit den Rebellen. «Unsere Gemeinsamkeit waren die Projekte und es gelang uns immer wieder, die beiden Parteien für Entwicklungsfragen zusammenzubringen», so Frieden. In den letzten Jahren hat die Schweiz jährlich rund 20 Millionen Franken in Nepal investiert. Sie gilt als unparteiische, ehrliche und zuverlässige Partnerin. Das DEZA-Team freut sich auch

darüber, dass Frauen der maoistischen Partei und Vertreterinnen der Zivilgesellschaft ins neue Parlament gewählt wurden – in einem Land, das punkto Frauenrechte erst am Anfang steht.

Die Schweiz hat durch einen Friedensberater der Politischen Abteilung IV zur Schliessung des Friedensvertrages beigetragen. Frieden: «Die Arbeit in Nepal zeigt exemplarisch auf, wie Entwicklungszusammenarbeit heute funktioniert: Es müssen alle Aspekte und Akteure der Aussenpolitik einbezogen werden: humanitäre Hilfe, Friedensförderung, gute Dienste, Kontakt zu internationalen Organisationen und wirtschaftliche Fragen. Nur so kann Hilfe nachhaltig und erfolgreich sein.»

«Wir gestalten den Beitrag der Schweiz für eine globale Partnerschaft gegen die Armut und schaffen wirkungsvoll mit Hilfe zur Selbsthilfe für viele Menschen neue Perspektiven.»

Walter Fust, Direktor DEZA

«Die humanitäre Hilfe bedeutet für mich, meine Fähigkeiten so einsetzen zu können, dass sie anderen zugute kommen.»

Fabienne Wydler, Logistikerin des SKH in Beirut

«Dank der Arbeit des Internationalen Reisforschungsinstituts IRRI und dank der grosszügigen Unterstützung durch die Schweizer Entwicklungszusammenarbeit hat unser Land in der Reisproduktion beeindruckende Fortschritte gemacht. Laos ist somit in der Ernährungssicherheit und bei der Reduzierung der Armut ein grosses Stück vorwärts gekommen.»

Sitaheng Rasphon, Minister für Land- und Forstwirtschaft, Laos



Die Direktion für Entwicklung und Zusammenarbeit (DEZA)

Armut bekämpfen aus eigenem Interesse

Eines der fünf Ziele der schweizerischen Aussenpolitik ist, laut Bundesverfassung, die Not und Armut in der Welt zu lindern. Die Schweiz tut dies, weil es ihrer ethischen Grundhaltung (Förderung von Demokratie und Gerechtigkeit) entspricht. Aber auch aus eigenem Interesse, denn Armut führt zu Konflikten, Migration und weiteren Auswirkungen, die die ganze Welt betreffen – auch die Schweiz.

Die Schweiz ist ein kleines Geberland, verfügt aber über viel Erfahrung. Die Schweiz kann auf Vorteile setzen, die ihre Glaubwürdigkeit in der internationalen Politik erhöhen: die Schweiz war nie eine Kolonialmacht, hat auch keine geopolitischen Interessen, ist neutral und kennt die Erfahrung der direkten Demokratie. Zudem beherbergt sie einen UNO-Sitz und ist Depositarstaat der Genfer Konvention. Die öffentliche Entwicklungshilfe unterteilt sich grob in drei Bereiche: Ent-

wicklungszusammenarbeit, Ostzusammenarbeit und Humanitäre Hilfe (siehe nächste Seite). Die DEZA beschäftigt rund 550 Personen im In- und Ausland. Sie verfügte 2006 über ein Jahresbudget von rund 1,3 Milliarden Franken. Zusammen mit dem Staatssekretariat für Wirtschaft (SECO), sowie anderen Bundesstellen, Kantonen und Gemeinden gab die Schweiz 2006 2,2 Milliarden Franken an öffentlicher Entwicklungshilfe aus. Dies entspricht 0,44% des Bruttosozialproduktes.

«Armutsbekämpfung und menschliche Sicherheit in globaler Partnerschaft»: mit diesen drei strategischen Pfeilern hat der Bundesrat letztes Jahr die künftige Ausrichtung der Schweizer Entwicklungspolitik festgelegt. Unter den Bedingungen der Globalisierung ist ein enges Zusammenwirken der bilateralen und multilateralen Entwicklungszusammenarbeit besonders wichtig. Die DEZA fokussiert ihre geografische und thematische Unterstützung und verbessert den Nachweis der Wirksamkeit.

Ranju, 16, seit drei Jahren Kinderjournalistin in Nepal. Sie nimmt an einem von der DEZA unterstützten Projekt für Kinderjournalismus teil. Ein Artikel von Ranju bewirkte, dass über einen gefährlichen Fluss eine Hängebrücke gebaut wurde. Ranju: «Man muss mit den Wandzeitungen erzählen, was los ist, und man muss auch versuchen, etwas damit zu bewirken.»

In den Trümmern von Mansera, Pakistan, Toni Frisch, Delegierter des Bundesrates für humanitäre Hilfe (im Bild links), im Gespräch mit Irshad Khan, dem lokalen Koordinator: «Mit unserer schnellen und unbürokratischen Hilfe unterstützen wir Opfer von Krisen oder Katastrophen bei ihren ersten Schritten in eine hoffnungsvollere Zukunft.»



Hilfe zur Selbsthilfe

Facts & Figures

Die Humanitäre Hilfe des Bundes

Die Humanitäre Hilfe des Bundes ist sowohl im In- als auch im Ausland der bekannteste und sichtbarste Bereich der DEZA. Sie kommt in Notfällen, seien es Erdbeben, Tsunamis oder andere Naturkatastrophen, aber auch in von Menschen verursachten Katastrophen, wie kriegsähnlichen Auseinandersetzungen oder technologischen Katastrophen, zum Einsatz. All diese Ereignisse haben es an sich, dass sie eine sehr grosse Medienaufmerksamkeit geniessen. Die Humanitäre Hilfe des Bundes ist international anerkannt. Ihre langjährige Erfahrung und die vielfach unter Beweis gestellte Professionalität machen sie zu einem willkommenen Partner bei internationalen Organisationen und anderen Kriseneinsatzteams. Das Korps für Humanitäre Hilfe, SKH, ist der operationelle Arm der Humanitären Hilfe des Bundes. Es ist ein Milizkorps, dessen Fachleute innert 24 Stunden in einem Katastrophengebiet einsatzbereit sind. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Humanitären Hilfe der DEZA leiten und koordinieren diese Notfalleinsätze.

Daneben ist die Humanitäre Hilfe aber auch in den drei von der Öffentlichkeit weniger wahrgenommenen Kernbereichen tätig: Prävention, Wiederaufbau und Anwaltschaft. In diesen Bereichen werden die meisten Aktivitäten der Humanitären Hilfe erbracht und dies bedarfsbezogen dort, wo sie am nötigsten sind. Die Hilfeleistung erfolgt als finanzielle oder materielle Unterstützung von UNO-Organisationen, dem Internationalen Roten Kreuz IKRK oder lokalen Nichtregierungsorganisationen. Bei Bedarf stellt die Humanitäre Hilfe ihren Partnerorganisationen auch Schweizer Spezialistinnen und Spezialisten zur Verfügung. Kurz: Die Humanitäre Hilfe des Bundes bringt den schweizerischen Solidaritätsgedanken weltweit konkret zum Ausdruck.



Ein Mitarbeiter des SKH prüft nach der Tsunami-Flutwelle die Trinkwasserqualität in einem indonesischen Dorf.

Rechtliche Grundlage

Das «Bundesgesetz über die internationale Entwicklungszusammenarbeit» von 1976 bildet die rechtliche Grundlage der Entwicklungszusammenarbeit und setzt die Schwerpunkte. Unterstützt werden «Entwicklungsländer im Bestreben, die Lebensbedingungen ihrer Bevölkerung zu verbessern». Die Direktion für Entwicklung und Zusammenarbeit, DEZA, ist mit der Ausführung dieser Ziele beauftragt.

Entwicklungszusammenarbeit

Ziel der Entwicklungszusammenarbeit ist, die Armut mit «Hilfe zur Selbsthilfe» zu mindern.

Namentlich sollen wirtschaftliche und politische Eigenständigkeit gefördert sowie Lebens- und Produktionsbedingungen verbessert werden. Zudem will die Schweiz Umweltprobleme bewältigen helfen und der am meisten benachteiligten Bevölkerung einen besseren Zugang zu Bildung und gesundheitlicher Versorgung ermöglichen. Die bilaterale Entwicklungszusammenarbeit konzentriert sich auf 14 Schwerpunktländer und 8 Sonderprogramme in Afrika, Asien und Lateinamerika. In den nächsten Jahren ist der Ausstieg aus Ecuador vorgesehen, während das Engagement in Indien und Bhutan stark reduziert wird. Multilateral arbeitet die DEZA insbesondere mit den Organisationen des UNO-Systems, der Weltbank und den regionalen Entwicklungsbanken zusammen.

Ostzusammenarbeit

Die Ostzusammenarbeit unterstützt politische und marktwirtschaftliche Reformen in Partnerländern Südosteuropas und der ehemaligen Sowjetunion. Besondere Anliegen sind der Aufbau demokratischer Institutionen, Reformen im Gesundheits- und Sozialwesen sowie Verbesserungen im Umweltbereich. Nach der Annahme des Osthilfegesetzes (26. November 2006) ist die Ostzusammenarbeit beauftragt, Programme in den neuen EU-Staaten umzusetzen. Nach Bewilligung des Rahmenkredits durch das Parlament können Projekte voraussichtlich bereits in der zweiten Hälfte des Jahres 2007 in Angriff genommen werden.

Wirtschaftszusammenarbeit

Der Leistungsbereich «Wirtschaftliche Entwicklungszusammenarbeit» des Staatssekretariates für Wirtschaft (SECO) im Eidgenössischen Volkswirtschafts-Departement (EVD) ist das Kompetenzzentrum für nachhaltige Wirtschaftsentwicklung und für die Integration der Entwicklungs- und Transitionsländer in die Weltwirtschaft. Diese Aktivitäten laufen in Zusammenarbeit mit der DEZA.

Armut halbieren bis 2015

Die internationale Staatengemeinschaft hat sich im Jahre 2000 mit der «Millennium Deklaration» und den Millenniums-Entwicklungszielen (siehe Seite 39) auf eine ehrgeizige Agenda geeinigt: die Armut soll weltweit bis 2015 halbiert werden. Zwei Milliarden Frauen, Männer und Kinder leben in chronischer Armut oder sind fortschreitender Verarmung ausgesetzt. Sie können grundlegende Bedürfnisse nicht befriedigen, leben in einer ständigen existentiellen Bedrohung. Viele Menschen werden aufgrund der sozialen Herkunft, des Geschlechts, der ethnischen Zugehörigkeit, des Alters, der Hautfarbe, der Religion oder aufgrund anderer Faktoren diskriminiert und sind von der Teilnahme an Entscheidungsprozessen ausgeschlossen.

Wirksamkeit erhöhen

Durch bessere Abstimmung und Koordination sowie eine gezieltere Ausrichtung der verfügbaren Ressourcen die Wirksamkeit der Entwicklungszusammenarbeit erhöhen – dies ist die Kernidee der Anstrengungen der internationalen Gemeinschaft, die in der Fachwelt «Harmonisierung» heisst. Jedes Entwicklungsland soll zunächst in Eigenverantwortung die Strategie zur Armutsminderung ausarbeiten und die entsprechenden Prioritäten festlegen (ownership). Die Programme der Geber (bilateral, multilateral) sollen sich an der Politik und Prioritäten des Empfängerlandes ausrichten (alignment). Praktiken und Prozeduren der Geber sollen vereinfacht, Doppelspurigkeiten vermieden und damit die administrativen Kosten der Aktivitäten gesenkt werden (harmonisation). Dazu gehört auch eine engere Zusammenarbeit der Geber im Land und im jeweiligen Bereich.

Themen

Die Themen der Schweizer Entwicklungszusammenarbeit:

- **Gesundheit:** Die Programme der DEZA stärken lokale Gesundheitsdienste, tragen beim Aufbau der Kapazitäten bei, um die wichtigsten übertragbaren Krankheiten zu kontrollieren.
- **Wasser:** Trinkwasser wird weltweit immer mehr zu einer knappen Ressource und Auslöser von Gewaltkonflikten. Die DEZA fördert schwerpunktmässig Massnahmen, um Wasser und Boden zu schützen und die landwirtschaftlichen Produktionsmethoden zu verbessern.
- **Umwelt:** Der Planet Erde besteht aus Ökosystemen, die miteinander verbunden und voneinander abhängig sind. Viele Arme sind direkt von Naturressourcen abhängig. Ökologie und Subsistenzrechte sind aufs Engste verbunden. Alle Regelungen (national wie international) sind so zu treffen, dass sie nicht die Lage der am wenigsten Begünstigten ver-

schlechtern. Die DEZA unterstützt Programme, die Ökosysteme bewahren und nachhaltige Produktion fördern.

- **Bildung:** Bildung ist ein Grundrecht, das allen zusteht, und steht im Zentrum jeder individuellen, gesellschaftlichen, politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Entwicklung. Die DEZA engagiert sich für eine Grundausbildung, die den Betroffenen und ihrer Gemeinschaft dient.
- **Migration:** Die DEZA beteiligt sich an humanitären Programmen für Flüchtlinge und intern Vertriebenen, an Rückkehr- und Reintegrationsprogrammen des Bundesamtes für Migration (z.B. Balkanprogramme) und an der Prävention irregulärer Migration.
- **Wirtschaft und Beschäftigung:** In zahlreichen Schwerpunktländern der DEZA liegt das durchschnittliche Pro Kopf-Jahreseinkommen bei 300 US-Dollar. Die DEZA unterstützt Partnerorganisationen, die Erwerbsmöglichkeiten für Arme fördern (siehe Armutsbekämpfung).
- **Rechtsstaatlichkeit/Demokratie:** Die DEZA unterstützt Programme zur Verbesserung der Rechtsstaatlichkeit und «guten Regierungsführung». In der Ost-Zusammenarbeit stehen die Transition zur Marktwirtschaft sowie die Förderung von Menschenrechten und Rechtsstaatlichkeit im gesetzlichen Auftrag. In den Entwicklungsländern fördert die DEZA Rechtsstaatlichkeit und Menschenrechte. Beispiele: Zusammenarbeit mit Ombuds-Institutionen (Peru, Bolivien), Programme im Jugendstrafvollzug (Südafrika, Libanon, Pakistan) Unterstützung von Rechtsberatung (Vietnam, Kirgistan).
- **Landwirtschaft/ländliche Entwicklung:** Die DEZA fördert eine nachhaltige und effiziente Ressourcennutzung und hilft Umweltkrisen verhindern.

Was nützt die Entwicklungszusammenarbeit?

Mitreden: siehe Beiblatt am Anfang der Broschüre.

Sagen Sie ihre Meinung:
www.eda.admin.ch

